

Es folgt

## die Wahlrechtsfrage

Referent Borgmann-Berlin: Im letzten Decennium hat die Wahlrechtsfrage die verschiedenen Völker Europas auf das tiefste bewegt, Erregungen hervorgerufen, die weite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, politische Konstellationen über den Haufen geworfen und wieder neu aufgebaut. Ich weise nur auf Oesterreich hin, wo durch die Schaffung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sogar eine Festigung des Staatsgebildes herbeigeführt worden ist. Ich erinnere ferner daran, daß Rußland gezwungen wurde, dem Volke ein Wahlrecht zu geben. Allerdings wird, wie vor 60 Jahren in Preußen, so jetzt in Rußland, versucht, durch brutale Willkürakte das Errungene wieder zu beseitigen. Die Wahlrechtsfrage wird aber auch in Rußland unausgesezt die öffentliche Meinung beherrschen. Selbst die Türkei hat in den letzten Jahren eine Verfassung bekommen, und es ist kein Zweifel, daß dadurch die politischen Verhältnisse des Orients auf das tiefste aufgerührt werden. Auch in Deutschland stehen die Wahlrechtskämpfe unausgesezt auf der Tagesordnung, und in manchen Bundesstaaten haben sie bereits zu Erfolgen geführt. Namentlich sind uns in dieser Beziehung die süddeutschen Bundesstaaten mit gutem Beispiel vorangegangen; es ist mit großem Erfolg die Wahlrechtsfrage gelöst in Bayern, Württemberg und Baden. Andere Staaten, wie Hessen, Elsaß-Lothringen, Bremen, Braunschweig, Preußen, stehen noch jetzt mitten im Wahlrechtskampf. Ob Sachsen und Hamburg, wo die Frage einer gewissen Lösung entgegengeführt ist, sich damit zufrieden geben werden, das scheint mir allerdings zweifelhaft. Entsprechend unserem Programm haben wir in all diesen Wahlrechtskämpfen gefordert die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts.

In den hauptsächlichsten deutschen Bundesstaaten besteht ein Zweikammersystem, ein System, das keinerlei Berechtigung hat und nur einen Hemmschuh für die Entwicklung bildet und dessen Beseitigung wir unter allen Umständen fordern müssen. (Bravo!) Namentlich in denjenigen Staaten, wo die sog. Volksvertretung auf dem Wege des Dreiklassenwahlsystems geschaffen wird, ist die Existenz einer ersten Kammer geradezu eine Ungeheuerlichkeit, denn diese ersten Kammern setzen sich gewöhnlich zusammen aus Großgrundbesitzern, Großkapitalisten, aus Vertretern altadliger Geschlechter, die entweder durch erworbenes Recht oder durch Vertrauen des Landesoberhauptes berufen werden, daneben auch aus einigen Vertretern der Städte und der hohen Geistlichkeit. Die Majorität einer solchen Körperschaft befindet sich fast ausnahmslos in allen Ländern in schwarzem Gegenjag zu den Bedürfnissen, den Wünschen und Rechten des Volkes, sie ist lediglich darauf bedacht, ihre Privilegien, ihre usurpirten Gerechtigkeiten zu behaupten und zu erweitern. In einigen Staaten treten die ersten Kammern geradezu als Städtefeinde und Volksfeinde auf. So hat zum Beispiel das preussische Herrenhaus die Dreiklassigkeit befehlen, den Städten zu verbieten, um ein besseres Wahlrecht zu petitionieren. (Hört! hört!) Dabei kann den Städten das Recht gar nicht bestritten werden. (Sehr richtig!) Ein Urteil, das vor langen Jahren über die Bedeutung des preussischen Herrenhauses gefällt ist, möchte ich, obwohl es schon oft zitiert ist, auch bei dieser Gelegenheit wieder zitieren. Der preussische Geschichtsschreiber von Treibschke hat 1867 über das preussische Herrenhaus gesagt:

„Einem kräftigen Staate steht es recht übel an, diese verbrauchte und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied am Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines Löses

Wahfels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die konservative Bestimmung in der Nation!“

Wenn von einem hochkonservativen Mann, wie Treibschke, 1867 ein solches Urteil gefällt ist, so muß man sich geradezu wundern, daß dieses Haus heute noch besteht und heute noch wagen kann, eine so reaktionäre Stellung einzunehmen und einen Hemmschuh für die Entwicklung zu bilden. (Sehr richtig!) Wenn in einer Reihe von Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Steuerleistung die Grundlage des Wahlrechts bildet, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß im preussischen Herrenhaus Leute sitzen, die überhaupt keine Steuern bezahlen, die steuerfrei sind, aber deren Steuerfreiheit durch hohe Summen abgelöst ist, so daß sie zu den Lasten des Staates nichts beitragen. (Hört! hört!) Eine solche Körperschaft hat heute keine Existenzberechtigung, und daß selbst in den fortgeschrittenen süddeutschen Bundesstaaten sich mitunter dieselbe Rückständigkeit zeigt, das beweist ja, daß Prinz Ludwig von Bayern sich genötigt gesehen hat, der reaktionären Mehrheit im Reichsrat ernstlich ins Gemüt zu reden, als es sich um die Schaffung eines freien Wahlrechts handelte. Ich weise weiter darauf hin, daß in Hessen der Freiherr von Hehl versucht hat, die Rechte des Herrenhauses noch zu erweitern. Auch unsere württembergischen Genossen befinden sich heute im Kampf gegen die Herrschaft der ersten Kammer. Die Herrschaften in den ersten Kammern sind teilweise international, in einer Reihe von Herrenhäusern sitzen Männer, die auch im Auslande die gleichen Gerechtigkeiten haben, eine Sonderbarkeit, die nur unter so reaktionären Umständen möglich ist. (Sehr richtig!)

Zwei Kammern haben außer Preußen noch Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen; alle übrigen Staaten kommen mit einer Kammer aus, es geht also auch so. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, allerdings nur für Männer, haben Bayern, Württemberg und Baden. Sachsen hat ein Pluralwahlrecht mit höchstens 4 Stimmen, aber der Erfolg der sächsischen Wahlrechtsreform ist wahrlich nicht so ausgefallen, wie die Schöpfer dieses Wahlrechts es im Auge hatten.

Eine Kammer haben Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Koburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Anhalt und auch die kleineren Fürstentümer. Sonderbar liegen die Dinge in Braunschweig, das sich ja auch im heftigsten Wahlkampf befindet. Die Zusammensetzung des dortigen gesetzgebenden Körpers ist folgendermaßen. Von den 48 Mitgliedern sind 15 von den Städten zu wählen, 15 von den Landgemeinden und 18 durch besondere Berufsklassen. Diese berufständische Gliederung erfolgt derart, daß 2 Vertreter von der hohen Geistlichkeit, und zwar der evangelischen, gestellt werden, 4 durch die Grundbesitzer, 3 durch die Industriellen, 4 von den Vertretern der Wissenschaft und 5 von den höchsten Steuerzahlern. Von dem eigentlichen Volk wird überhaupt nicht geredet. Das können sich unsere Genossen natürlich nicht gefallen lassen. Besondere Verhältnisse bestehen auch in den außerdeutschen Staaten. Oesterreich und Belgien besitzen die Wahlpflicht. Ungarn ist das einzige Land, wo das Wahlrecht schon beim 20. Lebensjahre einsetzt. Allerdings besitzen dort nur 5,7 Proz. der gesamten Bevölkerung das Wahlrecht. In Großbritannien, Italien, Schweden steht es mit dem 21. Lebensjahre ein. In Großbritannien, Italien, Schweden und Finnland sind die Wahlpflicht, aber hat neben dem allgemeinen Wahlrecht den Proporz und die Wahlpflicht, aber auch eine Pluralwahl mit 3 Stimmen. In Norwegen und Finnland sind die Frauen wahlberechtigt, in Finnland haben sie auch das passive Wahlrecht. Das ist der einzige Staat in dieser Beziehung. Wie lange wird das aber noch dauern, nachdem der blutige Barismus seine Klauen in dieses Land geschlagen

hat. Wahrscheinlich wird es auch mit dem vorgeschrittenen Wahlrecht bald zu Ende sein. Diese Dummheitigkeit der Wahlrechte ist auf den Widerstand der herrschenden Klassen zurückzuführen, auf angemachte Vorrechte und Privilegien zu verzichten. Zweifellos wird es nur durch die Wucht und die Stärke der Arbeiterorganisationen möglich sein, die herrschenden Klassen zu zwingen, ihre angemachten Privilegien aufzugeben. Es muß ihnen zu Gemüte geführt werden, daß im Staate alle Bürger das gleiche Recht zu beanspruchen haben. Oft wird von den Gewalthabern behauptet, daß das besondere Wahlrecht auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Staaten zurückzuführen sei. Da aber in Deutschland ebenso viele Verschiedenheiten vorhanden sind, so hat man versucht, dies auf die Eigenart der Stämme zurückzuführen. Das ist natürlich eine verlogene Ausrede. Man kann doch in Preußen von keinem einheitlichen Stamme reden. Es besteht aus einer Reihe der verschiedensten Stämme, die in ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nach ganz diametral gegenüberstehen. Es kann also keine Rede davon sein, daß das preußische Wahlrecht auf besondere Stammeigentümlichkeiten Rücksicht nehmen muß.

Nun könnte es sonderbar erscheinen, daß heute noch vor allen Dingen in Preußen solche Wahlrechtszustände vorhanden sind, und daß die arbeitenden Klassen ihr Interesse verhältnismäßig spät der Umwandlung dieser Dinge entgegengebracht haben. Ich glaube, einen einigermaßen plausiblen Grund dafür zu haben. Es ist zunächst zweifellos, daß, als das Deutsche Reich gegründet wurde und damit das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt wurde, die jung aufstrebende Arbeiterpartei notwendigerweise diese Waffe in erster Linie für sich gebrauchen mußte, so daß sie alle Kräfte einsetzen mußte, um sie wirksam zur Anwendung zu bringen. In späterer Zeit, als sich die Arbeiterschaft eine feste Organisation schuf, kam das Schandgesetz, daß die Kräfte der Partei in einer Weise in Anspruch nahm, daß es kaum möglich war, der Partei Einfluß in den Landesvertretungen zu verschaffen. Bloß einige Ausnahmen, namentlich Sachsen, sind hervorzuheben. Erst mit dem Fall des Sozialistengesetzes wuchs das Interesse. Nachdem Bismarck abgegangen war, erzwangen sich einzelne Bundesstaaten mehr Einfluß auf die Reichsgesetzgebung. Gerade Bismarck war es ja, der die Bundesstaaten aufreizte, sich größeren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung zu verschaffen, natürlich nur, um seinen Nachfolgern Knittel zwischen die Beine zu werfen. Nach und nach gewannen die einzelnen Bundesstaaten, namentlich der führende, Preußen, einen ungeheuren Einfluß auf die Reichsgesetzgebung. Bei den nun einmal bestehenden Verhältnissen in Preußen ist es gar nicht anders möglich, als daß dieser Einfluß nur im reaktionären Sinne ausgeübt wird. Dazu kommt, daß die Bundesstaaten eine ganze Reihe wirtschaftlicher Unternehmungen übernommen haben, was wir übrigens durchaus billigen. So besitzt Preußen das größte Eisenbahnetz der Welt. Es ist einer der größten Besitzer von Bergwerken, von Forsten, es betreibt weitreichende Kanäle, viele Hunderttausende Arbeiter sind vom preußischen Staat beschäftigt. Durch die gewaltige Entwicklung, wie sie das Staatswesen genommen hat, sind auch die kleinen Beamten, die nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen mit zum Proletariat gerechnet werden müssen, so zahlreich geworden, daß in Preußen allein heute 120 000 solche kleine Beamten vorhanden sind, deren Interessen nicht von der herrschenden Klasse, sondern nur von der Partei der Arbeiter vertreten werden. Diese großen Proletariatinteressen, die in der Landesgesetzgebung zu berücksichtigen sind, führten dazu, daß überall die Partei Einfluß auf die Landesgesetzgebung zu erlangen suchte. Wenn wir die Verhältnisse im Reiche ändern und schützen wollten, war es von der größten Bedeutung, die Verhältnisse in Preußen zu ändern, das heißt an der Wurzel zu fassen. Nachdem einmal die Notwendigkeit anerkannt war, diesen

Einfluß in Preußen zu erlangen, sind auch die Differenzen, die in dieser Beziehung innerhalb der Partei bestanden, sehr schnell verschwunden. Die Erfolge unserer bayerischen, badischen und württembergischen Genossen in ihren Wahlrechtskämpfen haben auch uns in Norddeutschland ein gutes Stück vorwärts geholt. (Hört! hört! Bravo!) Welchen Eindruck die süddeutsche Wahlrechtsbewegung aber auf unsere Scharfmacher ausgeübt hat, möchte ich nur an einem Beispiel erweisen. Als die bekannte Rede des Prinzen Ludwig von Bayern in die Öffentlichkeit kam, da hat der Junter v. Oldenburg-Januschau in einer Versammlung die Meinung ausgesprochen, wenn es in Süddeutschland so weiter gehe, dann werde es einmal notwendig sein, mit den preussischen Bajonetten dort Ordnung zu schaffen. (Hört! hört!) Diese preussische Junterfreiheit kann nicht oft genug angezapft werden. Sie zeigt auch, was zu erwarten ist, wenn diese Junterherrschaft in Preußen nicht gebrochen wird. Daran kann kein Zweifel sein, daß die preussischen Junter, wenn es sich darum handelt, ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, selbst vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken würden. (Zuruf eines bayerischen Delegierten: Das sollen nur tummal Seiterkeit!) Oldenburg-Januschau macht aus seinem Herzen keine Mördergrube; er spricht nur aus, was die anderen denken. Die anderen sind verschwiegener, aber im Herzen haben sie dieselbe Meinung. Während die Wahlrechtskämpfe in Süddeutschland verhältnismäßig ruhig verliefen, führten sie in Norddeutschland und selbst in den kleinsten Bundesstaaten zu den heftigsten Zusammenstößen. Ich will nur auf Braunschweig hinweisen, wo bei den Wahlrechtsdemonstrationen die Polizei mit einer rücksichtslosen Brutalität gegen die rechtsgemäßen Vorgegangen ist, die jeder Vernunft Sohn sprach, und wo bei dieser Gelegenheit Bürgerblut geflossen ist, weil die herrschenden Klassen den veränderten Verhältnissen verständiglos gegenüberstehen, und weil sie mit den Machtmitteln des Staates ihre egoistische Herrschaft aufrecht erhalten. Die bürgerlichen Parteien können sich nicht verteidigen, daß die Dinge plötzlich über sie gekommen wären, denn es sind zahllose Versammlungen und Veröffentlichungen in der Presse vorausgegangen, worin die Wahlrechtsforderung ausführlich begründet war. Ich habe hier einen kurzen Auszug aus einer Wahlrechtsbroschüre unserer braunschweigischen Genossen, da heißt es: „Schon seit vielen Jahren hat die sozialdemokratische Presse mit unwiderleglichen Gründen die himmelschreiende Ungerechtigkeit und die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlrechts nachgewiesen. Regierung und Landtag blieben taub gegen die zwingendsten Gründe. In vielen, vielen Versammlungen wurde von vielen tausend Staatsbürgern die Wahlreform gefordert. Regierung und Landtag blieben taub. Schriftliche Eingaben an den Landtag blieben unbeantwortet. Sohlachend lehnten Landtag und Regierung jede Reform ab.“

Was sollte das Volk da tun? Es mußte auf die Straße gehen, es mußte öffentlich demonstrieren (Zustimmung), daß es sich ferner nicht als Heloten behandeln lassen will und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität behandeln lassen will und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter in die Enge treiben und von hinten und vorn attackieren ließ, dann wird dann wird das dabei vergossene Blut, dann wird die Blutschuld, dann wird dieses verwerfliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. (Lebendiges verwerfliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. (Lebendiges ernsthafte Zustimmung.) Dabei möchte ich die Frage aufwerfen, kann denn jemands ernsthaft glauben, daß, wenn in Braunschweig das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird, das braunschweigische Staatsgebilde aus dem Leim gehen wird? Das kann niemand glauben. Dazu sind die Verhältnisse dieser Monarchie ohne Monarchen zu bedeutungslos.

So wie in den monarchischen Staaten ist das Verhalten aber auch in den bürgerlichen Republiken Norddeutschlands. Wenn in Hamburg die Wahlrechtsfrage vorläufig zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, so verweise ich darauf,

daß die Pfefferkörner der bremischen Republik mit gleicher Brutalität Rücksichtslosigkeit sich dagegen gewehrt haben, den berechtigten Anforderungen der Arbeiterklasse nachzukommen. Der Widerstand des liberalen Bürgertums in dieser Republik wird natürlich unsere Parteigenossen erst recht anspornen, diese angemessenen Privilegien zu beseitigen. Die Schönheiten des bremischen Wahlrechts möchte ich Ihnen mit ein paar Strichen skizzieren. Das bremische Wahlrecht zur Bürgerschaft ist ein Ächtflasterwahlrecht. (Hört! hört!) Die 150 Vertreter der Bürgerschaft werden in folgender Weise gewählt. Die erste Klasse sind die Gelehrten, da kommen auf jeden Vertreter 28 Wähler, dann kommt der Kaufmannskontant mit 40 Vertretern und 21 Wählern auf jeden Vertreter. Die dritte Klasse, die Gewerbekammer, hat 20 Vertreter und es kommen nur 12 Wähler auf einen Vertreter. Die vierte Klasse, die sonstigen Bürger, hat 62 Vertreter und auf jeden Vertreter kommen 341 Wähler. Und dann hat Begegnung 4 Vertreter mit je 48 Wählern, Bremerhaven 8 Vertreter mit je 100 Wählern, die Landwirtschaft hat auch 8 Vertreter und auf jeden kommen 70 Wähler und schließlich das gewöhnliche Volk hat 4 Vertreter mit 414 Wählern. (Hört! hört!) Ist das etwa ein Wahlrecht, bei dem der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt, auf das sich die bremische Republik etwas zugute tun kann? Ganz gewiß nicht. Und unsere bremischen Parteigenossen haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß dies elende Wahlrecht, das mindestens so schlecht ist, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht, bald beseitigt wird. (Sehr richtig!)

Sehr schwere Arbeit wird in den nächsten Jahren auch unseren elsass-lothringischen Parteigenossen bevorstehen. Elsass-Lothringen soll ja jetzt eine Verfassung bekommen, und unsere Parteigenossen haben daher auf dem am 16. und 17. Juli in Colmar stattgefundenen Parteitag eine Resolution angenommen, welche mit rücksichtsloser Schärfe ihren Standpunkt zum Ausdruck bringt. Sie fordern neben autonomer Verwaltung die Schaffung einer republikanischen Verfassung, ein Einkammersystem und das allgemeine gleiche Wahlrecht mit dem Proporz, also Forderungen, die unserem Programm entsprechen und für die sie sicher mit aller Energie eintreten werden. In der Tatsache, daß Elsass-Lothringen heute noch ohne Verfassung existiert, kommt die Rücksichtslosigkeit unserer ganzen preussisch-deutschen Regierungsmethode zum Ausdruck. Als Gegenstück verweise ich darauf, daß z. B. in Südafrika, das erst vor kurzem mit England Krieg geführt hat, eine Verfassung zustande gekommen ist, wo die Besiegten von damals an die Regierung gekommen sind und als freie Staatsbürger Gleichberechtigung haben. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob im Hinblick auf die reaktionären Verhältnisse in Deutschland die elsass-lothringische Bevölkerung auch nur einen schwachen Abglanz von den freiheitlichen Einrichtungen bekommen wird, wie sie in Südafrika das Vorenvolk durch die englische Regierung erhalten hat. (Sehr gut!)

Die Kämpfe, die von unseren sächsischen Genossen bei der Wahlrechtsbewegung geführt worden sind, haben noch keinen vollen Erfolg gehabt, sondern es ist ein Pluralwahlrecht Gesetz geworden. Ich sagte schon, daß wahrscheinlich die Schöpfer des Wahlrechts sich über seine Wirkungen in einer argen Täuschung befinden haben. Wenn wir uns auch darüber freuen, daß unsere sächsischen Genossen trotzdem mit diesem Wahlrecht recht gute Erfolge erzielt haben, so ist es doch selbstverständlich, daß unsere sächsischen Genossen sich mit dem Erfolg ihres mit solchem Eifer geführten Wahlrechtskampfes nicht zufrieden geben können (Geilmann: Sehr richtig!), sondern daß die gut durchgebildete Organisation der sächsischen Parteigenossen alles daransetzen wird, dieses Pluralwahlrecht wieder zu beseitigen, und das allgemeine, geheime Wahlrecht für beide Geschlechter vom zwanzigsten Jahre ab einzuführen. (Sehr gut!) Wir

sind sicher, daß, wenn das gelingt, das sächsische Staatswesen selbst den größten Vorteil davon haben wird. (Sehr richtig!) Aber dieser Erfolg, den die sächsischen Parteigenossen mit dem Pluralwahlrecht gehabt haben, hat seine schweren Schatten auf Preußen geworfen. Den preussischen Junkern sind die Erfolge, die mit diesem Pluralwahlrecht von der Sozialdemokratie erzielt worden sind, in die Glieder gefahren. Sie haben sich vor Augen geführt, daß, wenn ein solches Wahlrecht etwa in Preußen dieselbe Wirkung ausüben würde, vielleicht 120 Sozialdemokraten in den preussischen Landtag einmarschieren würden. Daher ist jede Wahlrechtsänderung für die Junker ein Sprung ins Dunkle, sie fühlen schon das rote Meer über ihren Häuptern zusammenschlagen. (Sehr gut!)

Wenn ich bei der preussischen Wahlrechtsbewegung etwas länger verweile, so deshalb, weil diese Frage im Augenblick die brennendste ist und weil Preußen der einflussreichste Bundesstaat ist und eine unheilvolle Wirkung auf die Gestaltung der inneren wie der äußeren Reichspolitik ausübt. Es ist durchaus nicht zuziel gesagt, daß in Preußen eine Clique das Szepter in der Hand hat, daß in Preußen eine bestimmte Partei die Regierung führt und daß die Minister in Preußen nichts anderes als die Kommis, die ausführenden Organe, Handlanger dieser Partei sind. (Sehr richtig!) Wenn man sich den preussischen Junker mit seiner brutalen Rücksichtslosigkeit, seinen materiellen Interessen vor Augen führt, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, welchen unheilvollen Einfluß die Junker auf die Reichspolitik ausüben. Es gelangt ja heute nicht mehr ein einziges Gesetz vor den Bundesrat, bevor es nicht die preussischen Ministerien passiert hat und die Genehmigung seitens der preussischen Minister zur Einbringung an den Bundesrat erteilt worden ist. Die Wahlrechtsfrage in Preußen ist ja bekanntlich durch den Beschluß des Mainzer Parteitages in die Wege geleitet worden. Die erste Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen erfolgte 1903. Es hat sich auch da schon gezeigt, daß selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht die sozialdemokratische Partei doch so erstarbt ist, daß, wenn auch nur ganz geringe, so doch Erfolge zu erzielen waren. Es hat sich aber auch gezeigt, daß in dem Augenblick, wo größere Massen sich an der Wahl beteiligten, das ganze Wahlsystem in sich zusammenbrach. So kam es denn, daß später auf diese Verhältnisse auch von der Regierung Rücksicht genommen wurde und eine Aenderung des Wahlverfahrens versucht wurde.

Bei diesen Wahlkämpfen zum Preussischen Landtag hat sich gezeigt, daß dabei eine Agitation möglich ist, bei der man an jede einzelne Person herankommt, bei der man bis in die tiefsten Tiefen wühlen kann. Auch die Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen sind dadurch energisch und mit Lust und Freude in den Kampf gegangen. Der Ausfall der Wahl von 1903 ergab 320 000 Stimmen für die Sozialdemokraten. Nahezu die stärkste Partei, erhielten wir aber kein einziges Mandat. Das mußte aufreißend wirken innerhalb der Wählerschaft, und das sollte es auch. Die Wahlrechtsbewegung war durch diesen ersten Versuch lebhaft in Gang gekommen. Schon die ersten Demonstrationsversammlungen, die für die Erringung eines modernen Wahlrechts in Szene gesetzt wurden, waren von einem glänzenden Erfolge begleitet. Allerdings waren auch unsere Gegner, vor allem die Regierung und die tapfere Polizei, auf dem Platze. Der Schreck war ihnen in die Glieder gefahren. Die ganze Polizei wurde aufgeboten, um das innere Berlin abzusperren, falls Demonstrationszüge stattfinden sollten. Das Militär war in den Kasernen bereit, die Artillerie mit scharfer Munition versehen. Es ist natürlich keinem Menschen eingefallen, solche Züge zu veranstalten. Merkwürdig war daher, daß die Berliner bürgerlichen Blätter, selbst das „Berliner Tageblatt“, höhnend über die

Arbeiterſchaft hergezogen ſind und ſie der Feigheit ziehen und ſagten, wir hätten die Demonſtration unterlaſſen wegen dieſes Aufgebots der ſtaatlichen Gewalt. Niemand hat ſolche Demonſtration beabſichtigt, es kann alſo auch keine Rede davon ſein, daß die Arbeiter Furcht gehabt haben. Als dann wirklich Demonſtrationen veranſtaltet wurden, war es den bürgerlichen Vätern auch wieder nicht recht. Es wurde ſagt, wir hätten die Politik auf die Straße getragen und damit der Wahlrechtsbewegung geſchadet. Das iſt durchaus falſch, denn gerade durch die Demonſtration auf der Straße wurde der allergrößte Eindruck hervorgerufen. Bis tief in das Bürgertum hinein wurde dadurch die Aufmerkſamkeit auf die Wahlrechtsfrage gelenkt. Vor allem wurde den Machthabern in Preußen gezeigt, daß Hunderttauſende ſich nicht ſcheuen, auf die Straße zu gehen und für das gleiche Wahlrecht zu demonſtrieren. Dabei kam es leider zu den heftigſten Zusammenſtößen mit der Polizei in verſchiedenen Orten in Preußen, ſo in Frankfurt a. M., Hannover, Dortmund, Berlin. Es iſt auch in bürgerlichen Kreiſen anerkannt worden, daß die Demonſtrationen zu dieſem ſchroffen, provokatoriſchen Vorgehen der Polizei nicht den geringſten Anlaß gegeben haben. Die Arbeiter haben nur als Staatsbürger von ihrem Recht, zu demonſtrieren, Gebrauch gemacht. Sie haben ja nur dasſelbe getan, was auch die ſogenannten Patrioten in Berlin nach den Wahlen von 1907 getan haben. Jedenfalls waren die Demonſtrationen von der Arbeiterſchaft nicht ſo eingeleitet, daß es mit der Polizei zu irgendwelchem Konflikt kommen ſollte. Unſere Abgeordneten Ströbel und Paul Hirſch haben im Landtage feſtgeſtellt, daß die preußiſche Polizei elende Subjekte gebunden hat, die in die Büge ſich einſchließen und verſuchten, die Menge zu Unborſichtigkeiten zu verleiten. Die Polizei ſuchte ſelbſt künstliche Erregung hervorzurufen. Königl. Kriminalbeamte fanden ſich da mit in den Demonſtrationszügen, die das Volk arputſchen ſollten zu ungeſchicklichen Taten. (Pſuirufe.) Wenn die preußiſche Regierung glaubt, mit ſolchen Mitteln der Provokation, der Beſtechung eine Volksbewegung umzudrücken zu können, ſo beweist ſie nur ihre elende Kurzsichtigkeit. (Zuſtimmung.) Dann weiß ſie nicht, was in dieſer Bewegung ſtekt. Der preußiſche Polizeigeiſt, der Geiſt der Unfreiheit, iſt vielleicht eine Entſchuldigung. (Pfannkuch: Dummheit iſt es!) Es hat einen lägl. Eindruck gemacht, als der preußiſche Polizeiminister von Moltke die Erklärung abgeben mußte, daß die Polizei ohne ſolche elenden Subjekte nicht fertig werden kann. (Hört! hört!) Die Demonſtrationen, die ſpäter ſtattfanden, haben den unwiderleglichen Beweis gebracht, daß es der Arbeiterſchaft nie in den Sinn gekommen iſt, irgendwelche Ausſchreitungen zu begehen, wie die Polizei ſie anſtellen wollte. Weber in Berlin, noch in Frankfurt a. M., noch im Ruhrrevier kam es zu Ausſchreitungen. Immer iſt es ruhig und glatt vorſtatten gegangen, wenn nur die Polizei ihre Naſe aus dem Spiel ließ. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsdemonſtrationen haben unausgeſetzt an Schärfe gewonnen. Und als an der Landtagswahl 1908 die Sozialdemokraten ſich mit gewohnter Energie in den Wahlkampf begaben, da war das Reſultat, daß trotz des elenden Dreiklaſſenwahlſystems nicht weniger als 600 000 Stimmen für uns abgegeben wurden. Es hat etwas Hohes, Bedeutungsvolles für ſich, wenn am offenen Wahltag ſo viele Stimmen für die Sozialdemokratie Zeugnis ablegen. (Weiſfall.) Das Reſultat iſt allerdings in bezug auf das praktiſche Ergebnis verhältnismäßig gering. Das konnte auch nicht anders ſein. Nur 7 Sozialdemokraten gingen als Sieger hervor.

Wenn am 20. Oktober 1908 der Preußiſche Landtag mit einer Thronrede eröffnet wurde, deren bedeutungsvollſter Paſſus auf die Wahlreform Bezug hatte, ſo iſt das durch unſere Wahlplagitation hervorgerufen. In der Thronrede wurde erklärt, daß das Wahlrecht eine organiſatoriſche Fortentwicklung erlangen ſolle, die der wiſchaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der

Bildung und des politiſchen Verſtändniſſes entſpricht. Mit rückſichtsloſem Ernst hat die Arbeiterſchaft ihren Willen ausgeſprochen, ſonſt wäre eine ſolche Thronrede nicht erſchienen. Das iſt ein Erfolg dieſer gewaltigen Bewegung. Wiſchaftliche Entwicklung, politiſches Verantwortungsgefühl ſind in den Kreiſen der Sozialdemokratie viel mehr vorhanden als in denen der Bürgerſchaft. (Zuſtimmung.) Es muß unter allen Umständen daher ein Wahlgeſetz guſtande kommen, daß den berechtigten Anforderungen der Arbeiter Rechnung trägt. Was die wiſchaftliche Entwicklung anlangt, ſo muß ſagt werden, daß im Laufe der 60 Jahre, die dieſes Wahlrecht beſteht, dieſe Verhältnisse in Preußen ganz auf den Kopf geſtellt ſind, ſo daß eine Aenderung eintreten muß. Vor allem muß die Wahlkreiſeinteilung geändert werden. Gegen dieſe geforderte Neueinteilung haben die Rektionäre entſchieden Sturm geſchlagen. Sie ſagen, erſt habe man ihnen die Arbeiter weggenommen, jetzt wolle man ihnen die politiſche Vertretung nehmen. Ja, beſitzen denn die Scholle, die Heſtare, das Wahlrecht oder die Menſchen, die darauf wohnen? Dieſe Anflüchtigung in der Thronrede hat in den Reihen der Konſervativen einen Sturm der Entrüftung hervorgerufen. Der konſervative Medner hat ſchon bei der erſten Staatsberatung ſeinem Unwillen im Namen ſeiner Freunde Ausdruck gegeben. Er ſagte, daß die konſervative Partei begreiffe, daß ſich eine Reformbedürftigkeit bei dem preußiſchen Wahlrecht in höherem Maße hemerkbar gemacht habe als bei dem Wahlrecht der anderen Staaten und im Reich. Das preußiſche Wahlrecht ſei ein Wahlrecht, aufgebaut auf dem Maß der Pflichten, zu den Staatslaſten beizutragen; das Abgeordnetenhaus habe ſich in poſitiven Leiſtungen ſeit langer Zeit auf der Höhe der Aufgaben gezeigt. (Heiterkeit.) Das war eine ziemlich ſcharfe Abſage an die Regierung Bilows. Interessant iſt, daß gegen dieſen Medner der Konſervative, den Freiherrn von Richthofen-Wertſchäb, der behauptete, das Wahlrecht ſei aufgebaut auf das Maß der Pflichten, zu den Staatslaſten beizutragen, eine ſchwere Beziichtigung erhoben worden iſt. Er ſoll in den letzten 10 Jahren 300 000 Mk. bei der Steuer nicht deklariert haben. (Hört! hört!) Dieſer Mann magt es, zu ſagen, daß das Maß der Pflichten, zu den Staatslaſten beizutragen, die Unterlage des geltenden preußiſchen Wahlrechts ſei. Die Thronrede hat auch darauf hingewieſen, daß der bureaukratiſche Gang der Geſchäfte nicht ſo schnell ſei, daß die notwendigen Unterlagen nicht ſobald beſchafft werden könnten. Ehe die Wahlrechtsvorlage ans Abgeordnetenhaus gelangte, fanden Verhandlungen über Wahlrechtsanträge der Parteien im Abgeordnetenhaus am 25. und 26. Januar 1909 ſtatt.

Am Tage, als dieſe Vorlage im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung ſtand, wurde das ganze „Volkshaus“ von Polizei umſtellt, damit das Volk die Volksvertreter nicht in ihrer Tätigkeit genießen könnte. (Hört! hört!) Es war geradezu luſtig, anzufehen, wie dieſe behelmte Schutzmannſchaft dort allein auf der Straße geblieben iſt. Denn es iſt niemand eingefallen, bei dieſer Gelegenheit irgendwie zu demonſtrieren. Das Volk hat die Herrſchenden völlig unter ſich geſaſſen. Wenn wir demonſtrieren wollen, machen wir die Dinge gewöhnlich ganz anders, als unſere Gegner es wünſchen, die Gelegenheit zu neuen Attacken haben möchten. Im Abgeordnetenhaus ſelbſt ging es natürlich ganz anders zu als bei früheren Gelegenheiten. Ich habe 1908 und 1906 den Verhandlungen über Wahlrechtsanträge beigewohnt. Dieſes Pläſchern des Ententages von damals iſt gar nicht zu vergleichen mit dem Sturm, der dieſmal losbrach, nachdem die Sozialdemokraten in das Haus getreten waren. Das iſt ein himmelweiter Unterſchied. Unſer Genoffe Ströbel hat damals die Geißel über ihnen ſo geſchwungen, daß die Herren oft aufheulten. Auch die bürgerlichen Parteien ſahen ſich genötigt, einen ganz anderen Ton anzuklagen. Wir

Haben dafür gesorgt, daß sie nicht wieder in den alten Fehler verfallen sind. Von den Konservativen ist dabei in aller Form dem damals noch amtierenden Fürsten Bülow der Fehdehandschuh hingeworfen worden. Der konservative Redner erklärte damals: deshalb habe ich namens meiner Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir an den Grundlagen unseres bewährten preussischen Wahlrechts nicht gerüttelt und geschüttelt sehen wollen. Wenn die Regierung uns eine Vorlage bringen sollte, die an diesen Grundlagen rüttelt, so würde das allerdings für das Verhältnis der Regierung zu uns und der Konservativen im Lande zur Regierung von einschneidender Bedeutung sein.

Die schroffe Haltung der konservativen Partei in dieser Frage wird weiter dokumentiert durch eine Rede, die der ostpreussische Junker Graf Wirbach im Herrenhause gehalten hat. Er sagte: so wie im Deutschen Reichstage die konservative Fraktion den rocher de bronze darstellt gegen die Erbschaftsteuer, so wird auch die konservative Partei in Preußen den rocher de bronze darstellen gegen jede Veränderung des bewährten Dreiklassenwahlrechts. Diese Erklärung legt Zeugnis davon ab, daß die Konservativen in Preußen sich ihrer Macht bewußt sind, daß sie den Keufel danach fragen, ob der König sein Wort gegeben hat, eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Wahlreform durchzuführen oder nicht. Wenn die Herren sehen, daß es sich um ihre Macht handelt, dann pfeifen sie auf das Wort des Königs. (Sehr richtig!) Endlich erschien die Statistik. Wer sie gelesen hat, muß zugeben, daß sie und die Denkschrift nichts anderes waren, als eine ganz erbärmliche Entstellung tatsächlicher Verhältnisse. (Sehr richtig!) Das war nicht anders zu erwarten und ist auch nachher selbst von den Freunden der Regierung anerkannt worden. Inzwischen war Bülow gegangen worden. Die Erbschaft hatte ebenso wie bei der Reichsfinanzreform der unglückliche Schulmeister Bethmann angetreten. Werte Genossen! Ich weiß nicht, wie die Wahlrechtsvorlage ausgesehen hätte, wenn Bülow sie noch als Ministerpräsident eingebracht hätte. Ich kann aber erklären, daß kein Mensch geglaubt hätte, daß je eine solche elende Spottgeburt wie die Bethmannsche Wahlrechtsvorlage möglich sei. Eine solche Aufreizung, wie sie hier dem rechtsuchenden Volke gegenüber gewagt wurde, ist geradezu unerhört. Sie legt Zeugnis davon ab, daß der leitende Staatsmann in Preußen sich über die tatsächlichen Verhältnisse durchaus im unklaren befindet. Wir haben die Vorlage mit Pfuirufen empfangen und sie mit einem Bravo! zu Grabe getragen. Sie verdiente nichts anderes. Von einer Neueinteilung der Wahlkreise, die mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Inhalt der Thronrede unbedingt gefordert werden mußte, war gar keine Rede. Die Klassenwahl sollte beibehalten werden. Von einer Einführung der geheimen Wahl wollte die Regierung nichts wissen. Zwar sollte die höhere Steuerleistung maximiert werden, d. h. die Staatssteuer sollte über eine bestimmte Höhe hinaus bei der Drittelung nicht zur Anrechnung kommen. Wie merkwürdig doch die Verhältnisse in Preußen liegen. Während die Staatssteuer maximiert werden sollte, sollten die nicht bezahlten Gemeindesteuern und Gewerbesteuern in voller Höhe in Anrechnung gebracht werden. Nämlich Gewerbe- und Grundsteuer sind den Gemeinden zur Erhebung überlassen. Aber weil die Gutsbezirke keine Gemeindesteuer bezahlen, werden ihnen Grund- und Gewerbesteuern in voller Höhe angerechnet. Bei den Staatswahlen werden die Staatssteuern geführt, die nicht bezahlten Gemeindesteuern in voller Höhe angerechnet. Nichts beweist die besonderen Verhältnisse in Preußen besser, als diese Begünstigungspolitik; ferner sollten die sogenannten Kulturträger eingeführt werden, Elemente, die eine höhere geistige, politische und wirtschaftliche Bedeutung haben. Sie sollten aus der niedrigen Klasse, in die sie nach der Steuerleistung gehörten, in eine höhere Klasse aufrücken. Die Urwahlbezirke sollten vergrößert werden. Die

Wirkung wäre die gewesen, daß die paar Sozialdemokraten, die jetzt gewählt sind, wieder hinausgeflogen wären. Die einzige wirkliche Verbesserung war, daß die indirekte Wahl beseitigt und die direkte Wahl eingeführt werden sollte. Die Regierung hat die Vorlage begünstig der direkten Wahl mit einer Reihe guter, zutreffender und durchschlagender Gründe belegt und ihre Notwendigkeit bewiesen. Was hat nun der Landtag aus der Vorlage gemacht? Kurz gesagt, er hat die Vorlage völlig umgekrempelt. Es sollte bei der Klassenwahl bleiben. Die direkte Wahl, auf die die Regierung den größten Wert legte, sollte wieder beseitigt werden. Für die Urwahlen sollte die geheime Stimmenabgabe eingeführt werden, während die Wahlen für die Abgeordneten öffentlich stattfinden haben. Ein Arbeitervertreter aus dem Zentrum, Herr Giesberts, hat sich für diese Einrichtung ausgesprochen, weil sonst die Urwähler keine Kontrolle über die Ausübung des Wahlrechts durch den betreffenden Wahlmann hätten. Der Wahlmann soll also kein freies Wahlrecht besitzen und die Zentrumsleute sind selbst ihrer Wahlmänner nicht mehr ganz sicher, deshalb soll die öffentliche Abgeordnetenwahl bestehen bleiben. Es ist ein Arbeitervertreter des Zentrums, der diese Forderung ausgesprochen hat. (Hört! hört!)

An Stelle der früher bezeichneten Kulturträger sollten jetzt nur die treten, die das Abiturientenexamen abgelegt haben. Etwas Wüßwinnigeres ist nicht zu denken, weil die Verhältnisse der Abiturienten in späteren Jahren sich so verschieden gestalten können, daß schon deshalb keine Rede davon sein kann, daß aus der Tatsache der Ablegung dieses Examins irgendwie höhere Rechte abgeleitet werden könnten.

Im Jahre 1892 hat der preussische Minister Herrfurth in einer Wahlrechtsdebatte im Landtag den Standpunkt vertreten, das preussische Wahlrecht könne überhaupt nicht reformiert, sondern nur beseitigt werden. (Sehr richtig!) Der preussische Landtag hat es aber nicht reformiert, sondern verschlechtert, und das nachher eine Wahlreform genannt. Die Haltung des Zentrums in dieser Frage läßt erkennen, daß das Zentrum, das eine so zahlreiche Wählerschaft in den Kreisen der entrechteten Arbeiter hat, von seiner Erklärung über seine Anhängerschaft an das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für den Landtag völlig abgewichen ist. Wiederholt haben die Führer des Zentrums, Windthorst, Graf Compech, Dr. Lieber, im Reichstage wie im Abgeordnetenhause namens ihrer Partei erklärt, daß sie die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auch für die Landtagswahlen fordere. 1903 und 1906 hat der Führer der Zentrumsparlei im Landtage, Herr Borck, dieselbe Erklärung abgegeben, und jetzt, wo die Regierung eine Vorlage, und war sie auch noch so erbärmlich, eingebracht hat, verbündeten sich Konservative und Zentrum zu ihrer weiteren Verschlechterung unter dem Vorwande, Verschlechterungen zu verhindern, vor allem die Drittelung in den Urwahlbezirken beibehalten zu wollen. (Hört! hört!) Diese durchaus verlogene jesuitische Politik des Zentrums mußte doch auch den Zentrumsarbeitern die Augen öffnen, und teilweise scheint diese Wirkung schon jetzt eingetreten zu sein, wie man aus den Wahlen der Sicherheitsmänner und Knappschaftskassen schließen kann, wo offenbar viele bisher dem Zentrum anhängende Arbeiter eingesehen haben, was sie von ihm zu erwarten haben und dem sie deshalb eine so verdiente Niederlage zuteil werden ließen.

Das Zentrum hat ja auch häufig darauf hingewiesen, daß, wenn man auch versuchen wollte, ein demokratisches Wahlrecht auszurbeiten, es doch am Herrenhause scheitern würde, das die Zustimmung nicht erteilen würde. Das weiß jedes Kind, daß, wenn man dem Herrenhause die Entscheidung in die Hand gibt, es für ein demokratisches Wahlrecht nicht zu haben ist. Es kann nur gezwungen werden durch den Willen einer geschlossenen Mehrheit im anderen

Gaule und durch den ersten Willen der Regierung; durch das jammervolle Verhalten des Zentrums konnte das Herrenhaus natürlich nicht dazu gebracht werden, denn was man tat, war ja geradezu eine Einladung des Zentrums an das Herrenhaus, etwaige fortschrittliche Bestimmungen aus der verschiederten Vorlage auch noch herauszubringen.

Wie hat sich das Herrenhaus überhaupt verhalten? Zur Frage der direkten Wahl hat sich der ehemalige Hausminister des Königs von Preußen, v. Wedel, ein Mann, der lange Jahre das Ohr des Kaisers besaß, folgendermaßen ausgesprochen: Ich finde keinen genügenden Grund, die indirekte Wahl zu verlassen. Man sagt, es werde dadurch die Beteiligung an der Wahl eine lebhaftere sein. Das bezweifle ich nicht, mir scheint aber nicht wünschenswert zu sein, zwischen den fünf Jahren, in denen die Reichstagswahl wiederkehrt, vielleicht nach zwei Jahren dieselbe Agitation auch für die preussischen Wahlen zu haben. Ich betrachte daher als Vorzug, daß infolge des indirekten Wahlrechts die preussischen Wahlen sich viel ruhiger vollziehen, und möchte um keinen Preis den Sprung wagen, vom indirekten zum direkten Wahlrecht überzugehen."

Als Wedel und seine Freunde wollen gar nichts davon wissen, daß sich das Volk an den Wahlen beteiligt, und Koeller, der frühere Minister des Innern, hat ausgeführt, es sei gar nicht notwendig, daß so viele Leute zur Wahl gehen, es genüge, wenn der Gutsbesitzer und sein Kutscher zu Wahlmännern gewählt werden und zur Kreisstadt fahren, weil der Kutscher doch ohnehin mitfahren muß (Heiterkeit), und daß man das Volk gar nicht erst befehlen soll. Daraus geht die völlige Mißachtung hervor, die diese Herren dem ganzen Wahlen und der Volksbeteiligung entgegenbringen.

Zur öffentlichen Wahl äußerte sich Herr von Burgsdorff: „Meine Herren, ich will gern zugeben, daß sich bei der öffentlichen Wahl Schwierigkeiten herausstellen für die Geschäftsleute, die hochlohnlich werden, deren Verdienst zurückgeht und die aus diesem Grunde überhaupt scheuen, zur Wahl zu gehen. Das ist sehr bedauerlich, aber auf der anderen Seite steht doch die Notwendigkeit, daß der kleine Beamte den König nicht betrügt, und daß der, der dem König den Eid geleistet hat, nicht mit der rechten Hand den Eid leistet und in der anderen Hand den sozialdemokratischen Stimmzettel hat.“ (Hört! hört!)

Als bei den Kulturträgern beantragt wurde, auch die Lehrer, die Erzieher des Volkes, als Kulturträger zu erachten, da haben die Konserverativen durch Wedel aussprechen lassen, daß es gar keine Notwendigkeit sei, diese Lehrer, die eben erst die hohe Gehaltszulage bekommen haben, auch noch als Kulturträger zu erachten. Ja, sie haben die Gehaltszulage bekommen, aber gewiß nicht, um die Volksschule auf eine höhere Stufe zu bringen, sondern um sie zu willfährigen Instrumenten der Macht haben in Preußen zu machen, zu Instrumenten, das Volk niederzuhalten. (Sehr richtig!) Daß mit diesem Gelde nicht beabsichtigt ist, dem Volke eine bessere Schulbildung zu geben, das beweist auch die Aeußerung des Herrn von Ledlich im preussischen Abgeordnetenhaus, es sei nicht die Aufgabe der Volksschule, an erster Stelle dafür zu sorgen, daß die Kinder eine gute Schulbildung erhalten, sondern daß sie zu gläubigen, treuen und gehorsamen Staatsbürgern erzogen werden. In ähnlichem Sinne hat sich auch im Herrenhause Graf Häfeler ausgesprochen, als es sich um die Fortbildungsschulen auf dem Lande handelte, es sei nicht notwendig, daß in den Fortbildungsschulen dem Knecht und dem jungen Bauernsohn erzählt werde, wie das Feld gebürgt, wie die Frucht heute und wie sie morgen zu kultivieren sei, sondern daß die Fortbildungsschulen dafür sorgen, daß die jungen Leute zu guten, treuen und frommen Staatsbürgern erzogen werden. Ich würde glauben, ein Verstumnis zu begehen, wenn ich von der Tribüne des Reichstages nicht auf folgenden Vorgang im Herrenhause aufmerksam machte.

Bei der Kulturträgerfrage stellte Graf Schönau-Carolath den Antrag, auch den Kriegsveteranen das Recht der Kulturträger zu geben, dagegen hat sich auch der ehemalige Hausminister v. Wedel bewandt und ausgeführt, daß es ein ungeheurerlicher Zustand wäre, wenn eine große Armee, die siegreich aus dem Kriege heimkehrt, nun plötzlich zu Kulturträgern ernannt werden sollte. Das sei doch geradezu ein undurchführbarer Zustand. (Hört! hört!) Diese Vaterlandsverteidiger, die ihr Blut und ihre Knochen zum Schutze des Staates der besitzenden Klasse zu Martie getragen, die als Sieger mit Siegesjubel bei ihrer Heimkehr empfangen worden sind, sind also im Augenblicke, wo sie den Hof ausgezogen haben, verdächtige Subjekte, denen man kein höheres Wahlrecht zubilligen kann, sondern die man zurückwirft in das Elend des Dreiklassenwahlrechtes, wo ihre Stimme ohne jede Wirkung bleibt. (Hört! hört!) Als dann beantragt wurde, wenigstens die Kriegsveteranen von 1864, 1866 und 1870/71 als Kulturträger zu bezeichnen, wurde auch dieses abgelehnt. In diesem Falle war für die Herren allerdings Vorsicht am Platze. Denn die scharfe Behandlung dieser Veteranen seitens der Macht haben hat die Leute aufgereizt, für sie war kein Geld zur Unterstützung da, während sie sehen mußten, wie dieselben Leute im Handumdrehen 3½ Millionen zur Erhöhung der Zivilliste bewilligten. Das ließ allerdings befürchten, daß die Veteranen, wenn sie ein höheres Wahlrecht besitzen, den Stimmzettel für die Opposition abgeben werden. (Sehr richtig!)

Die Verhandlungen, die im Abgeordnetenhaus und im Herrenhause geführt wurden, lassen erkennen, daß die Regierung sich vollständig in Abhängigkeit von den bestehenden Klassen begeben hat, daß sie nichts anderes ist als deren Kommis. Die Behauptung vom ungekrönten König von Preußen ist keineswegs eine Sage, sondern die lautere Wahrheit.

Bei der Einbringung der Wahlrechtsvorlage hat sich der Ministerpräsident und Reichstanzler von Bethmann Hollweg, den eine unglückliche Laune auf den Reichstanzlerposten berufen hat, einen schweren Angriff gegen das Reichstagswahlrecht zuschulden kommen lassen. Er hat das später geugnet und die Sache anders deuten wollen, aber diese Deutung war ebenso ungenetig, als seine Arme ungenetig sind. Er hat die Behauptung ausgesprochen, daß die Steuerverhältnisse in Preußen nicht so wären, daß sie die Besitzlosen benachteiligen, sondern im Gegenteil, jede neue Novelle habe neue Erleichterungen getroffen, um die Besitzlosen zu entlasten. Bethmann Hollweg ist noch nicht lange preussischer Ministerpräsident, er kann es daher kaum wissen, er hätte sich aber den Zettel, den ihm sein Regierungsrat in die Hand gelegt hat, doch näher ansehen müssen. Vor drei Jahren wurde die Deklaration zum § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes erlassen, wonach der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Lohn des Arbeiters der Steuerbehörde anzuzeigen. Auf diesem Wege werden die Arbeiter für jeden Heller und Pfennig ihres knappen Einkommens zur Steuerleistung herangezogen. (Dr. Südekum: Die Hauptsache ist, wenn wir die Agrarier Abzüge machen können! Lebhafteste Zustimmung.) Das ist eine neue schwere Belastung für die arbeitende Klasse, das konnte und mußte auch der Ministerpräsident wissen.

Wenn Herr v. Bethmann weiter die Behauptung aufgestellt hat, daß das preussische Staatswesen seine Existenz nicht aus den Mitteln der besitzlosen Klasse ziehe, so ist das eine Irreführung, eine nackte Unwahrheit. Es ist zweifellos, daß das preussische Staatswesen seine Existenz nicht behaupten kann aus den lumpigen 280 Millionen, die die Einkommensteuer einbringt, sondern daß dazu eine Reihe anderer Dinge gehören. Es ist doch kein Zweifel, daß eine der festesten Säulen des ganzen preussischen Staatswesens die große herrliche Armee und herrliche Flotte ist; wenn sie auch vom

Reiche bezahlt werden, so wird doch jeder einzelne preussische Staatsbürger mit 25 Mk. pro Jahr belastet, eine fünfköpfige Familie aber mit 125 Mk. Das muß auch der preussische Ministerpräsident und der deutsche Reichskanzler wissen. Wenn gesagt wird, Heer und Flotte sind Reichssache, so ist doch das Reich hier nur eine andere Etiquette für Preußen, im Hinblick auf die Uebermacht der Junker und ihren Einfluß auf das Reich. Es muß aber verlangt werden, daß diejenigen, die in der That die Lasten zu tragen haben, auch die entsprechenden Rechte erhalten. Nahezu 1000 Millionen hat das preussische Volk an Opfern für Marinismus und Militarismus aufzubringen. (Hört! hört!) Die Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage war so schwankend wie nur denkbar. In der Denkschrift hatte die Regierung, wie gesagt, mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auf Grund der Entwidlung der Verhältnisse die direkte Wahl verlangt werden müsse, daß man aber nicht gewillt sei, die geheime Wahl zu konzedieren. Am 12. Februar hat Herr von Bethmann Hollweg auf eine Anfrage des Abg. Bachnide erwidert:

„Ich habe nicht die Absicht, in eine Polemik mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bachnide, die wir soeben gehört haben, einzutreten. Was ich für erforderlich gehalten habe, zu der Wahlrechtsvorlage zu sagen, das habe ich vorgestern gesagt. Dagegen aber muß ich Widerspruch erheben, daß der Herr Abgeordnete Bachnide es so dargestellt hat, als trete die Staatsregierung mit der Vorlage dieser Reform ein Rückzugsgesetz an. Glauben die Herren, daß ich mich zum Spaß hier hinstelle und Ihnen eine Vorlage einbringe, die in einschneidender Art unser Verfassungsleben ändert? Ich habe vorgestern gesagt, daß die königliche Staatsregierung mit ihrer Verantwortung hinter dieser Vorlage steht, und ich habe Anspruch darauf, daß das für ernst genommen wird, was ich im Namen der Staatsregierung erkläre.“

Nach diesen Ausführungen mußte man doch ohne weiteres annehmen, daß die Regierung mit aller Energie für die hauptsächlichsten Forderungen ihrer Vorlage eintreten würde. 4 Wochen später aber lang es schon wieder ganz anders. Da sagte Herr v. Bethmann Hollweg:

„Im übrigen, meine Herren, haben die Beschlüsse der Kommission eine neue Basis für die Wahlreform geschaffen. Aber diese Beschlüsse sind von der Kommission unter allem Vorbehalt gefaßt worden, und auch aus den gestrigen Verhandlungen ist hervorgegangen, daß große Parteien dieses hohen Hauses ihre endgültige Stellung davon abhängen lassen wollen, wie sich das Gesetz im ganzen gestaltet. Gegenüber einer solchen Unbestimmtheit binuliert sich die königliche Staatsregierung nicht.“

Die Regierung war also bereit, das, was sie gefordert hat, aufzugeben. Weitere 4 Wochen später führte Herr v. Bethmann Hollweg namens der Regierung aus:

„Die königliche Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlage von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse und daß direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gegeben werden könne.“

Ich stelle fest, daß in der Denkschrift der Regierung eine solche Darstellung nicht vorhanden ist, sondern daß die Regierung im Gegenteil sich ausdrücklich für das direkte und gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen hat. Herr v. Bethmann fuhr dann fort:

„Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier darzulegen die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Öffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrechtzuerhalten. Die königliche Staatsregierung hält diese Lösung auch

heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indeffen eine erhebliche Mehrheit dieses hohen Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrechtzuerhalten und die geheime Stimmabgabe für die Wahl der Wahlmänner vorzuziehen, so wird die königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle einzelnen Bestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestalt zu binden.“

Damit hatte die Regierung ihre eigene Vorlage aufgegeben und sich den Junkern und Pfaffen unterworfen.

Es gibt nichts Schwanfenderes, als die Haltung der Regierung zu dieser Frage, es hat sich gezeigt, daß sie willenlos dem Befehl der herrschenden Parteien unterworfen ist und daß sie für diese beschämende Situation auch nicht das leiseste Verständnis besitzt. (Sehr richtig!) In anderen Ländern, zum Beispiel in Oesterreich, stehen die Staatsmänner auf einem viel höheren Niveau. Ich erinnere nur an die Reden des Freiherrn von Beck, des Freiherrn von Gautsch und des Prinzen Hohenlohe im österreichischen Parlament. Wie Himmelhoch stehen diese Reden über der erbärmlichen Haltung der königlichen preussischen Staatsregierung, vertreten durch den deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg! (Sehr gut!) Gestatten Sie mir nur wenige Worte aus der Rede zu verlesen, die der ungarische Ministerpräsident Baron Geza Fejervary am 29. Oktober 1905 gehalten hat:

„Ein Parlament, aus dessen Wählerschar das Gros des Volkes künstlich ausgeschlossen ist, kann keine Empfänglichkeit für die wahren Bedürfnisse des wahren Volkes empfinden, und ein Parlament, welches sich nach unten nicht abhängig fühlt, fühlt sich auch jener Aufgaben der Volksvertretung entzogen, welche in der verständigen und liebevollen Pflege der Interessen der breiten Volksschichten besteht. Die auf einem schmalen Stimmrecht beruhenden Parlamente verfielen überall, auch in England, in die gesamten Sünden der oligarchischen Herrschaft!“

Diese Worte treffen so sehr auf unsere preussischen Verhältnisse zu, daß man sich nur wundern kann, daß sie ohne jeden Widerhall in Preußen geblieben sind. (Sehr richtig!) Nun wird allerdings behauptet, Oesterreich habe eine fortgeschrittene Bureaucratie, eine aufgeklärte Bureaucratie, deren Wir in Preußen entbehren. Ich gebe zu, daß diese Behauptung zum Teil berechtigt ist, aber man darf nicht vergessen, daß diese Haltung der österreichischen Bureaucratie doch einen sehr realen Hintergrund hat. (Sehr wahr!) In Oesterreich war die „Los von Rom-Bewegung“ im Gange, eine Bewegung, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutete, als „Los von Oesterreich“. Die österreichische Bureaucratie hat sich sicher die Frage vorgelegt, was mit ihr geschieht, wenn das österreichische Staatsgebilde auseinanderfällt, und da ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß ihre Zukunft in sehr nebelhafter Ferne ruht und daß es für sie viel richtiger ist, mittels des allgemeinen, gleichen Wahlrechts das auseinanderfallende Staatsgebilde zu festigen. Das ist gelungen, und mit dem Augenblick, wo das allgemeine Wahlrecht in Oesterreich eingeführt ist, ist diese „Los von Rom-Bewegung“ beseitigt gewesen. (Hört! hört!) Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß gerade durch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht das Staatsgebilde in Oesterreich befestigt ist. Ähnlich möchte ich auf Süddeutschland argumentieren. Wenn dort die Wahlbewegung verhältnismäßig glatt von statten gegangen ist, so ist das nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die süddeutschen Bundesstaaten die große Gefahr erkannt haben, die ihnen von Preußen drohte und daß sie eingesehen haben, daß dieser Gefahr nur begegnet werden kann dadurch, daß die ganze staatliche Organisation auf der allerbreitesten Basis aufgebaut ist, das heißt, dadurch, daß das gesamte Volk zur Verwaltung herangezogen wird und ein gerechteres Wahlverfahren

eingeführt wird. (Sehr richtig!) Ja, ich gehe noch weiter und behaupte, daß die süddeutschen Machthaber sich völlig im Klaren darüber sind, daß, wenn die Verhältnisse in Preußen-Deutschland moderne Gestalt gewinnen sollen, unter allen Umständen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in Preußen eingeführt werden muß. (Sehr richtig!) Nur dadurch werden wir in Preußen zu wirklich modernen Zuständen gelangen und auch den süddeutschen Staaten in wirtschaftlicher Beziehung die Gerechtigkeit widerfahren lassen, auf die sie Anspruch haben, die ihnen aber heute durch die übermächtige Gewalt Preußens und durch die rücksichtslose Vertretung junkerlicher Interessen in Preußen vorenthalten wird. (Sehr richtig!)

Wie ist nun die Wahlrechtsbewegung in ihrem praktischen Erfolg zu beurteilen? Die Ihnen vom Parteivorstand und der Kontrollkommission unterbreitete Resolution entspricht anscheinend nicht der Ansicht einiger Genossen. Ich nehme an, daß diejenigen, die den Zusatzantrag Lugenburg eingebracht haben, der Meinung sind, daß mit dem preussischen Wahlrechtskampf nicht genug Erfolge erzielt sind und daß deshalb andere Mittel angewandt werden müssen, weil die bisherigen versagt haben. Dem muß ich entschieden widersprechen. Gibt es unter uns auch nur einen Einzigen, der da glaubt, daß auf den ersten Ansturm die Junkerschaft wie ein Karttenhaus umfällt und die preussischen Verhältnisse umgestaltet werden können? Davon kann doch gewiß nicht die Rede sein. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns mit der realen Tatsache abfinden, daß die preussischen Junker über das Maß ihrer Machtverhältnisse sich durchaus im Klaren sind, und wenn man sich vergegenwärtigt, wie die preussischen Junker es verstanden haben, alle Stellen im Staat mit den Angehörigen ihrer Klasse zu besetzen, wie sie es namentlich verstanden haben, die Krone mit einer vollständigen Wolke von Elementen zu umgeben, die nur ihre Interessen vertreten, dann wird man zugeben, daß eine solche Macht nicht mit einem Anlauf über den Haufen gerannt werden kann. (Sehr richtig!) Aber haben wir denn gar keine Erfolge aufzuweisen? Vergegenwärtigen Sie sich, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, in der Thronrede eine Wahlreform anzukündigen und eine Vorlage einzubringen, mag sie auch noch so schlecht sein. Vergegenwärtigen Sie sich die Haltung der konservativen Parteien und der Regierung bei früheren Wahlrechtsdebatten im Landtage, wo die Regierung entweder gar nichts geantwortet hat oder wo die Konservativen mit einer erbärmlichen Nichtachtung die so wichtige Wahlrechtsvorlage abgetan haben! Vergegenwärtigen Sie sich weiter das Verhalten der Bourgeoisie in früheren Jahren und vergleichen Sie es mit dem jetzigen Verhalten, dann werden Sie doch sagen müssen, daß erst durch unsere Demonstrationen die Wahlrechtsbewegung in Fluß gekommen ist und bis tief in das Bürgertum hinein Eingang gefunden hat. Unser Bürgertum steht ja dieser Frage im allgemeinen indolent gegenüber, aber durch die Wucht unserer Agitation ist die Bourgeoisie gezwungen worden, Stellung dazu zu nehmen. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter daran, daß im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus die Leute, die früher so verächtlich über die Wahlrechtsfrage gesprochen haben, jetzt auf einmal anfangen, auf den Ernst der Situation hinzuweisen, wie sie alle der Reihe nach aufmarschierten, die Pappenheim, Zedlitz, Seydbrand, wie sie versucht haben, namentlich die Nationalliberalen unter Hinweis auf die große Gefahr zu sich herüberzugiehen, in der der preussische Staat schwebt, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht zusammenfinden, ich erinnere daran, daß Freiherr v. Zedlitz sogar den alten Altingshäusern aus dem Grabe aufstehen ließ und seinen Mitgenossen zurief: Seid einig, einig! Einig allerdings nur gegen das eigene Volk! Das alles beweist doch, daß die Herren den Ernst der Situation nicht verkannt haben, und das ist ihnen eingebläut durch die Demonstrationen der

Arbeiterklasse, und daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der 83jährige General Winterfeldt im Herrenhause gesagt hat, es seien nur irregeleitete Preußen gewesen, die auf die Straße gegangen sind. Wir können also im Grunde genommen mit unseren Erfolgen zufrieden sein. Die Wahlrechtsbewegung hat in allen Kreisen der Arbeiterklasse so tief Wurzel geschlagen, daß es nur eines Zeichens bedarf, um die Massen wieder auf die Straße marschieren zu lassen, und dieses Marschieren ist von der höchsten Bedeutung. Während man auf dem Jenaer Parteitage noch Befürchtungen darüber ausgesprochen hat, haben wir jetzt den Beweis erbracht, daß die Massen in ruhiger machtvoller Weise ihren Willen auf der Straße zum Ausdruck bringen, wir haben unsere Leute zu Hunderttausenden im Feuer exerzieren lassen. Solche Bewegung läßt sich nicht über Nacht aus dem Nermel schütteln, dazu gehört eine große Agitation und starke Organisationen. Das ist uns gelungen, und ich habe die feste Ueberzeugung, die herrschenden Klassen in Preußen werden es nicht von neuem auf solche Kraftprobe ankommen lassen. Sollte es wieder notwendig sein, dann werden auf einen Ruf alle unsere Wahlrechtskämpfer wieder auf der Bildfläche erscheinen und die Demonstration wird noch viel mächtiger und viel nachdrücklicher als bisher werden. (Stürmischer Beifall.)

Nun sind sowohl der preussischen Landeskommission als auch der sozialdemokratischen Fraktion des Abgeordnetenhauses in der Literatur eine ganze Menge von Ratsschlägen erteilt worden. Es ist gesagt, wir hätten auf dem preussischen Parteitag einen Fehler gemacht, daß wir keine Mindestforderungen aufgestellt hätten. Der preussischen Landtagsfraktion ist vorgeworfen, daß sie sich nicht in dem Moment, wo die Dinge in Preußen bis zu einem gewissen Stadium gediehen waren, mit anderen Parteien in Verbindung gesetzt und auf gewisse Mindestforderungen verständigt habe. Ich muß im Namen der gesamten Landtagsfraktion zum Ausdruck bringen: Wir hätten keinen größeren Fehler machen können, als wenn wir derartigen Ratsschlägen gefolgt wären. (Sehr richtig!) Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß eine kämpfende Partei, wie die unsere, die auf die Beseitigung des elenden Dreiklassenwahlrechts hinarbeitet, ihre ganze tüchtige Kampfesfähigkeit lahmlegen würde, wollte sie sich auf Mindestforderungen festlegen. Unsere Fraktion wäre der Lächerlichkeit anheimgefallen, wenn sie auch nur den mindesten Versuch nach dieser Richtung hin gemacht hätte. (Sehr richtig!) Ich habe im Einverständnis mit meinen Fraktionskollegen im Seniorensoubent gesagt, wir sollten uns mit der Wahlrechtsvorlage überhaupt nicht erst beschäftigen, sondern sie der Regierung zerreißen vor die Füße werfen. (Sehr gut!) Wegen einer solchen Vorlage uns auch noch mit anderen Fraktionen in Verbindung zu setzen, das wäre eine so vollendete taktische Ungeschicklichkeit gewesen, daß ich es nur bedauern kann, daß ein Genosse diesem Gedanken überhaupt Raum gegeben hat. (Sehr richtig!) Wir haben keine Veranlassung, an der Stärke unserer Organisation im Wahlrechtskampf zu zweifeln, aber trotzdem müssen wir die Organisationen immer weiter ausbauen, damit der Wahlrechtskampf um so wichtiger geführt und die Feste der Junker über den Haufen gerannt werden kann. Wenn uns das im ersten Ansturm nicht gelungen ist, nun, ich habe die feste Zuberficht, mit solchen Kämpfern, wie wir sie haben, werden wir auch diese Feste über den Haufen werfen können. (Lebhafte Zustimmung.) Die preussische Wahlrechtsfrage ist eine deutsche Frage, und deshalb werden unsere Genossen in den übrigen Bundesstaaten alles tun, um uns in unserem Kampfe helfen zu können. (Bravo!) Diese Bitte spreche ich nicht aus nur im Interesse der preussischen Organisation, sondern im Interesse der Gesamtorganisation, und deshalb ist ja auch die Tribüne unseres deutschen Parteitages der geeignete Ort zur Erörterung dieser Frage. Nun noch ein kurzes Wort zu der Resolution,

Parteienossen, ich bin der Meinung, daß die Resolution der Genossin Luxemburg nicht in ihrem vollen Umfange die Zustimmung des Parteitagcs erhalten kann. Ich für meine Person lehne sie wenigstens in ihrem zweiten Teile ab. Ich würde mich schließlich damit einverstanden erklären, daß der erste Satz angenommen wird, aber ich sehe nicht ein, daß es notwendig ist, schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Jena, weiteres zu beschließen. Was über diese Frage gesagt werden kann, ist in Jena gesagt. Dort hat die Partei sich die Richtlinie gegeben, die sie innehalten mußte. (Sehr wahr!) Im Namen der Parteileitung bitte ich Sie: Nehmen Sie unsere Resolution an. Wollen Sie sie erweitern, dann begnügen Sie sich mit der Einfügung des ersten Satzes der Resolution Luxemburg. Im übrigen glaube ich meine Ausführungen damit schließen zu können, daß ich sage: Nieder mit dem elenden, schmachvollen Dreiklassenwahlrecht, her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Klub: Außer der Resolution der Parteileitung und dem Antrag der Genossin Luxemburg bezieht sich auf diese Frage auch der Antrag 74. Er ist zurückgezogen unter folgender Begründung: „Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die Meinungsfreiheit in der „Neuen Zeit“ stets gewährleistet ist (Seine: Wenigstens für die eine Seite!), ziehen wir den Antrag zurück.“ Weiter liegen vor die Anträge 86 und 101. Diese Anträge sind genügend unterstützt.

Zu einer Erklärung erhält das Wort:

H. Müller-München: Parteienossen und Parteienossinnen! Meine bayerischen Parteifreunde haben mich beauftragt, den preussischen Parteienossen ein paar schlichte Worte tatbereiter Sympathie auszusprechen für die tapferen Kämpfe gegen den inneren preussischen Feind des Reiches (Sehr gut!), gegen den Feudalstaat Preußen, in denen sie stehen und denen sie noch weiter entgegengehen. Ich bedaure es außerordentlich, daß unser verehrter Genosse v. Kollmar verhindert ist, diese Erklärung persönlich abzugeben. Aber ich darf sagen, ohne von ihm ausdrücklich dazu autorisiert zu sein, daß es ihm jedenfalls eine ebenso große Ehre sein würde, wie mir, die Bereitwilligkeit des ganzen werktätigen Volkes Bayerns zu proklamieren, mit Rat und Tat bei diesem großen Kampfe zu helfen. (Bravo!) Ich darf wohl behaupten, daß diese Kampfbereitschaft in Bayern über die Kreise des werktätigen Volkes hinaus bis in die Zirkel des wirklich liberalen Bürgertums sich erstreckt (Hört! hört!), denn sogar ein Teil der sonst gewiß politisch fragwürdigen national-liberalen Presse in Bayern hat mit Bewunderung die Disziplin und Entschlossenheit verzeichnet, mit der Sie in Preußen die Provokation der Wahlreform des Reiches durch die Arbeiterklasse (Heiterkeit) v. Westmann Hohlweg beantwortet haben. Das eine ist sicher, die Resolution hat recht: Die verfassungswidrigen Zustände des Feudalstaates Preußen sind der Angelpunkt für die reaktionäre Entwicklung im Reich, und wenn jetzt 40 Jahre nach Beschluß der sogenannten Reichsverfassung im Ueberfluge der rückwärts schauenden Siegesfeier ein Teil des Bürgertums vergißt, daß es die historische Mission verfaßt hat, die Reichsverfassung demokratisch zu begründen, und wenn es jetzt die Aufgabe der Arbeiterklasse geworden ist, diese Mission der Bourgeoisie zu erfüllen, so bezweifle ich keinen Augenblick, daß auch Sie in Preußen bereit sein werden, die Rolle des wirklich liberalen Bürgertums, die auf dem Gebiete des Wahlrechtskampfes sich nach nachträglich auf ihre Pflicht besinnen würden, ohne weiteres bei diesen Kämpfen als Bundesgenossen zu akzeptieren. (Bravo!) Wir in Bayern haben das Wahlrecht errungen, nicht leicht, wie man hier und da gemeint hat, sondern nach 14jährigen schweren Kämpfen, und wir in Bayern mit einem Verfassungsleben seit dem Jahre 1818, mit politischen

Reminiscenzen des Bürgertums an die Einflüsse der französischen Revolution, wie in Bayern mit dem demokratischeren Zuge im Volke und der größeren Vertraulichkeit mit dem politischen Leben überhaupt, haben es schwer gehabt, zunächst die Massen für den Wahlkampf zu interessieren. (Sehr richtig!) Erst allmählich durch Wiederholung unserer Wahlrechtsforderungen im Parlament, in das wir endlich trotz eines schlechten Wahlrechts 1893 eingebracht waren, ist es gelungen, das Interesse an der Wahlreform zu verallgemeinern und zu vertiefen. Und dann allerdings war es leichter, der Forderung die Durchschlagskraft zu verleihen, die sie endlich zur Verwirklichung gebracht hat. Um wieviel mehr werden Sie in Preußen mit den militärisch-absolutistischen Einflüssen, mit dem angeborenen Kadabergehorsam eines großen Volksteiles, es schwer und mühsam haben, die Massen lebendig zu erhalten für diese Forderung, und um wieviel bewunderungswerter sind die Erfolge, die Sie trotzdem in der Massenbewegung bereits erreicht haben. (Sehr richtig!) Zweifellos: Wenn es irgendetwas Volksteil gelingen wird, das Postulat der Wahlrechtsreform in Preußen zur Verwirklichung zu bringen, so wird es nur der Arbeiterklasse möglich sein, mit ihren festen Organisationen, mit ihren geschlossenen Bataillonen, aber das darf ich Ihnen aus unserer bayerischen Erfahrung heraus sagen: Lassen Sie sich nicht durch Widerstände in Ihrer Bewegung beeinträchtigen, die in einem gewissen natürlichen Beharrungsvermögen der Zustände überhaupt liegen, sondern arbeiten Sie mit der Entschlossenheit und den Mitteln, die Sie für gut halten, weiter. Wenn die Resolution darauf hinweist, daß die Diktatur der Junker, die Stellung Preußens im Reich jeden ersten kulturellen und demokratischen Fortschritt im Reich verhindert und eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht bildet, so gehe ich darüber hinaus und sage: die Diktatur der Junker in Preußen, die Stellung, die verfassungswidrig die Zentralmacht Preußen sich errungen hat, hindert nicht nur jeden weiteren Fortschritt, sondern stellt das bisherige Demokratie, das wir im Süden haben, in Frage, bedeutet eine Gefahr für das bereits Errungene. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Aus dieser in das gemeinsame Gefühl Süddeutschlands übergegangenen Ansicht heraus läßt es sich erklären, daß in der großen Demonstrationsversammlung in München, die aus Anlaß des Widerwillens gegen den Wechselbalg der Wahlrechtsreform, die man sich erlaubt hat, Ihnen in Preußen vorzulegen, abgehalten worden ist, auf eine einzige Konstatierung von mir hin, daß der preussische Gesandte in Bayern es im preussischen Auftrage verfehlt hat, in die Entwicklung der bayerischen Wahlrechtsfrage einzugreifen (Hört! hört!), damit nicht das böse bayerische Beispiel die guten Preußen verderbe (Heiterkeit), — auf diese einzige Konstatierung hin hat eine Volksmenge von Tausenden, nicht nur bestehend aus Arbeitern, sondern auch aus bürgerlichen Elementen, sich bewegen gefühlt, eine spontane Demonstration vor der Wohnung des preussischen Gesandten zu veranstalten (Bravo!), die dieser preussische Gesandte allerdings verschlafen hat. (Heiterkeit.) Sie sehen aus diesem Vorgange, daß es mehr als Sympathie, daß es in Wirklichkeit tatbereite Sympathie ist, was wir Ihnen aus Süddeutschland entgegenbringen können. Wenn wir mit Bedauern die Tatsache verzeichnen müssen, daß bei unserer Wahlreform der bayerische Liberalismus nicht nur abseits, sondern hindernd im Wege gestanden hat (Sehr wahr!), so darf ich für die Verhältnisse in Preußen konstatieren, daß der Volksteil, der, gezwungen von der öffentlichen Meinung, in Bayern für das Wahlrecht nach und nach eingetreten ist, in Preußen wohl kaum in Betracht kommen kann, nachdem das jüngste Reichstagsmitglied desentrums, Herr Dr. Spahn jun., es für notwendig gehalten hat, in einer süddeutschen katholischen Zeitschrift zu erklären, er betrachte es als eine

Mission des Zentrums, die feudalen preußischen Zustände aufrechtzuerhalten, um ein anbauern des Gegengewicht gegen den demokratischen Süden zu haben. (Hört! hört!) Nach diesem Bekenntnis des Dr. Spahn werden Sie gern darauf verzichten, von jener Seite Hilfe zu haben.

Parteigenossen, die Zeit, die mir gestellt ist, und die Enthaltensamkeit, die die Situation mir auferlegt, bestimmen mich, so verlockend es wäre, von weiteren allgemeinen Auseinandersetzungen abzusehen. Nur kurz gestatten Sie mir hinzuweisen auf den Zusammenhang des Antrages 88 mit der preußischen Wahlrechtsbewegung und den Zuständen, die auch in Elsaß-Lothringen herbeigeführt sind durch die Präponderanz Preußens im Reiche. Dieser Antrag verlangt, daß der Parteitag sich mit aller Wucht gegen die Einrichtung und die Vorbereitung einer Dynastie in Elsaß-Lothringen ausspricht, die man beispielsweise in der Schaffung einer lebenslänglichen Staatshalterschaft erblicken könnte. Wir bitten Sie, auch von Bayern aus diesen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen, denn es wäre verhängnisvoll auch für die Entwicklung in Süddeutschland und namentlich in Bayern, der Pfalz usw., wenn aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen ein Preußenland Elsaß-Lothringen eine weitere Domäne des monarchistischen preußischen Junkertums stipuliert würde. (Sehr gut!) Parteigenossen, wir machen uns nicht an, ein Urteil zu fällen oder Ihnen Ratsschläge zu erteilen über die Taktik, die Sie einzuschlagen haben, über die Organisation, die Sie zur Durchführung der für das ganze Reich, für die gesamte Arbeiterbewegung, ja, ich behaupte, für die internationale Sozialdemokratie wichtigen Bewegung (Sehr wahr!) schaffen wollen. Aber eines darf ich Ihnen als geschlossene Meinung unserer bayerischen Parteifreunde übermitteln: Aufen Sie uns, und wir werden mit Rat und mit Tat kommen, um Schulter an Schulter mit Ihnen gegen den Erbfeind einer Demokratisierung des Reiches, gegen den Feind jeder vernünftigen sozialen und demokratischen Entwicklung zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

**Hilfenbrand - Stuttgart:** Im Namen der sozialdemokratischen Landesorganisationen Württembergs habe ich auch heute, wie schon bei verschiedenen Preußentagen, die Aufgabe, den preußischen Genossen und Genossinnen für ihre seitherige energische und erfolgreiche Tätigkeit auf dem Wege zur Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen unseren Dank zu sagen. (Bravo!) Wir werden bis zur völligen Erreichung dieses Zieles alles tun, was in unseren Kräften steht, um unseren Kameraden in jeder Situation dieses Kampfes brüderlich zur Seite zu stehen, in dem Bewußtsein, dadurch der gesamten Arbeiterklasse zu dienen. (Bravo!) Die Art des Kampfes zu bestimmen, ist der Preußen Sache, im Ziel des Kampfes sind wir alle einig, und diese Einigkeit verbürgt den Sieg, denn es ist der Sieg der Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo!)

**Frank-Mannheim:** Die badischen Parteigenossen haben mich beauftragt, Ihnen das gleiche zu erklären, was unsere Freunde aus Bayern und Schwaben Ihnen gesagt haben. Bei den schweren Kämpfen der nächsten Jahre wollen und werden die badischen Kameraden nicht fehlen. Sie werden an eurer Seite stehen und mit Euch kämpfen. (Bravo!) Wir betrachten die preußischen Wahlrechtskämpfer als die wirklichen Kulturträger in Deutschland — nicht im Sinne v. Bethmann Hollweg. (Sehr gut!) Und wir sind überzeugt — wir hoffen es und wollen mit dabei sein —, daß dem tapferen Anfang ein glückliches Ende beschieden wird. (Stürmischer Beifall.)

**Ulrich-Offenbach:** Auch wir in Hessen, die wir um ein anderes Wahlrecht kämpfen, als wir es haben, haben mit Bewunderung auf die Kämpfe und die

Kampfesreihen der preußischen Genossen geblickt. Wir haben nicht bloß den Einfluß der preußischen Regierung auf die heftigste Verwaltung beobachten können, wir haben auch beobachten können, wie selbst der heftigste Liberalismus unter der preußischen Verdrückung leidet. (Sehr richtig!) Wir haben gerade in Hessen die Wahrnehmung gemacht, daß die preußische innere Politik für die Kleinstaaten am allergefährlichsten ist, und wir sind überzeugt, daß gerade in dieser Richtung das gesamte Proletariat Deutschlands zusammen kämpfen muß. Ich darf daher mit Recht mich den Weigerungen der anderen Genossen aus Süddeutschland anschließen und sagen: auch wir, die heftigsten Klassenkämpfer, die Vertreter des Proletariats von Hessen, werden Schulter an Schulter mit den preußischen Genossen dafür kämpfen, daß es gelingt, Preußen vorwärts zu drängen, in Deutschland allen anderen zum Muster, Preußen zu einem wirklich demokratischen Lande zu machen. (Bravo!)

Ohne daß es gelingt, in Preußen eine Demokratisierung des Verwaltungswesens, eine Demokratisierung des gesamten Staatswesens durchzuführen, ohne das werden wir in Süddeutschland fortgerückt vor der Gefahr stehen, daß wir zurückgekrängt und von den preußischen Eigentümlichkeiten ausgejagt werden. Deshalb sagen wir in Süddeutschland: Preußens Forderungen sind unsere Forderungen! Mit Ihnen gemeinsam vorwärts zum Siege. (Stürmischer Beifall.)

**Hug-Want:** Ich komme zwar aus einem der kleinsten Bundesstaaten, die wir haben. Er liegt ja nicht in Süddeutschland, sondern in Norddeutschland. Wenn auch unsere politischen Einrichtungen wesentlich freier sind, als die in Preußen, und ähnlich denen in Baden, Bayern und Württemberg, so ist bei uns der preußische Einfluß doch unverkennbar. Es gibt kaum eine politische Maßregel, die nicht mit Rücksicht auf Preußen vorgelegt, untersucht und begründet wird. So klein der Staat ist, so sehr ist auch der Einfluß Preußens in der Verwaltung und in seinen politischen Einrichtungen zu erkennen. Und ob schon das Oldenburger Volk, das schon eine ruhmvolle demokratische Geschichte hat, alles andere ist, nur nicht antidemokratisch, so kann von einer Fortentwicklung, wie wir sie wünschen, keine Rede sein, solange Preußen so ist, wie wir es kennen. Daher bin ich beauftragt, Ihnen den besten Erfolg in Ihrem Wahlrechtskampfe zu wünschen. Da wir mitten darin liegen, werden wir nach wie vor tun, was wir können. Mag die Hilfe noch so klein sein, wir werden Ihnen bei Ihrem großen gewaltigen Wahlrechtskampfe nach Möglichkeit und nach Kräften helfen. (Lebhafter Beifall.)

**Starosson-Moskau** (mit Beifall begrüßt): Die Freundlichkeit, mit der Sie mich begrüßen, spricht dafür, daß Sie den Genossen in Mecklenburg eine Sympathie entgegenbringen, auf die ich allerdings gerechnet habe. Die Gefühle sind aber auch gegenseitig. Wir in Mecklenburg lebenden Sozialdemokraten haben mehr wie alle anderen Parteigenossen in den einzelnen Bundesstaaten ein Interesse daran, daß der preußische Verfassungskampf siegreich vom Proletariat durchgeführt wird. Kein anderes Proletariat in den einzelnen Bundesstaaten ist so unmittelbar an dem Ausgange dieser Verhältnisse in Preußen interessiert als die mecklenburgischen Proletarier. Die mecklenburgischen Proletarier leben ja noch unter viel elenderen Verhältnissen, als die preußischen. Es läßt sich in der Geschichte nachweisen, wie an das „Auf“ der revolutionären Bewegung in Preußen sich das „Auf“ der Volksbewegung in Mecklenburg angeschlossen. Und als die z. B. durch die Revolution von 1848 errungenen Erfolge durch die Feigheit des preußischen Bürgerkulturs verloren gingen, so zeigte sich auch das „Ab“ in Mecklenburg. Mecklenburg hatte damals auch ein Wahlrecht zum Landtage erhalten. Junker und Pfaffen vereint haben es dem mecklenburgischen Volke in der Form eines Privatprozesses wieder gestohlen. (Hört! hört!) Jetzt,

60 Jahre nach der Revolution von 1848, haben wir genau denselben staatsrechtlichen Zustand, wie er 1785 stipuliert ist. Bei uns ist nur Landtagsabgeordneter, wer sich ein Rittergut kaufen kann, er mag das Geld haben, woher er will. Man fragt nicht danach, man fragt nur, ob er ein Rittergutsbesitzer ist. Dann sind noch die Bürgermeister da, die aber in Wirklichkeit nur die willenlosen Sklaven der Rittergutsbesitzer sind, der Malzen usw. Sie können sich denken, daß wir unter diesen Umständen mit Begeisterung erfüllt wurden, mitzuwirken an dem preußischen Kampfe. Daß wir bei der ganzen Struktur unseres Landes nicht große Arbeiterbataillone mit in die Reihe stellen können, ist selbstverständlich, aber mit unserem ganzen Herzen sind wir bei der preußischen Bewegung. Als Wittender stehe ich hier. Wir erwarten von den Preußen, daß sie noch viel erfolgreicher wie bisher, noch mit größerem Nachdruck den preußischen Wahlrechtskampf führen, der gleichzeitig auch ein medlenburgischer Wahlrechtskampf ist. Nur wenn in Preußen ein Fortschritt zu verzeichnen ist, werden auch wir Erfolg haben. Sie können sich denken, wie wir mit dem Herzen dabei sind, wenn Sie kämpfen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, möglichst bald Mecklenburg durch Preußen zu erlösen. (Unhaltender Beifall.)

Vorsitzender Rüks: Ich schlage jetzt Vertagung vor. Wir werden nachmittags mit der Diskussion beginnen.

Schluß 1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

Rüks eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über die Wahlrechtsfrage.

Genosin Luxemburg begründet den Antrag 100. Eine Reihe von Delegierten, die unseren Antrag nicht unterschrieben haben, haben erklärt, daß sie sachlich vollkommen damit übereinstimmen, daß sie aber Bedenken tragen, daß ein Wort in unserem Antrage Mißverständnisse in bestimmten Kreisen der Partei hervorgerufen könnte, und zwar das Wort „Propagierung“. Wir sind damit einverstanden, daß dieses Wort im Antrage gestrichen wird. Wir haben unseren Antrag als notwendige Ergänzung zur Resolution des Parteivorstandes eingebracht. Die Vorstandsresolution faßt die preußische Wahlrechtsfrage von der allgemeinen Seite auf. Wir möchten die aktuelle Seite, die politischen Richtlinien für den Kampf mehr hervorheben. Das vermischen wir in der Vorstandsresolution, weil sie bei allem Nützigen, das sie ausspricht, dem nicht genügend gerecht wird, daß wir seit dem preußischen Parteitag in unserem preußischen Wahlrechtskampfe ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen sind. Wir haben seitdem im preußischen Abgeordnetenhaus die Boffe der Bethmann Hollweg'schen Vorlage mit ihrem vollkommenen Bankrott zum Schluß erlebt. Andererseits haben wir Straßendemonstrationen erlebt, wie sie Deutschland und Preußen noch nicht gesehen hat. Dieses Ergebnis, einerseits der Zusammenbruch der parlamentarischen Aktion der Regierung und der bürgerlichen Parteien, andererseits das machtvolle Anschwellen der Massenaktion hat nicht bloß die Auffassung des preußischen Parteitages in glänzender Weise bestätigt, sondern es hat auch den Lösungen, die auf dem Parteitag formuliert worden sind, eine viel konkretere aktuelle Bedeutung gegeben, als es zu Weihnachten der Fall war. Das bezieht sich namentlich auf die Lösung des politischen Massenstreiks. Schon der preußische Parteitag hat ihn einstimmig als Mittel empfohlen, das eventuell zur Anwendung kommen soll. Auch im Referat und in den Reden ist darauf nachdrücklich hingewiesen

worden. Über die Ereignisse selbst haben dieser Lösung Leben und praktische Bedeutung gegeben.

Parteienossen! Seitdem wir im Frühjahr die machtvollen Massendemonstrationen für das preußische Wahlrecht hatten, ist die Lösung des Massenstreiks gewissermaßen in den Vordergrund des Interesses unserer proletarischen Massen getreten. Genau so wie im Jahre 1906 die Hamburger Parteigenossen im Januar bereits einen wohlgelungenen Versuch mit der Anwendung des Massenstreiks als einer politischen Demonstration den Anfang gemacht haben, so haben in diesem Jahre die Genossen in Kiel, die Genossen in Frankfurt und Hanau glänzend abgelassene Demonstrationenmassenstreiks gemacht, und in einer Reihe anderer Städte, in Breslau, in Halle, im hessen-nassauischen Agitationsbezirk, im Rheinland, in Bremen haben sich die Parteigenossen in lebhaftester Weise mit der Idee des Massenstreiks befaßt, und dies ist auch in einer lebhaften Diskussion in unserer Parteipresse im Frühling zum Ausdruck gekommen. Das ist ganz selbstverständlich und konnte nicht anders sein. Sobald wir gewaltige Massen im Wahlrechtskampf auf den Plan rufen, sobald wir machtvolle Demonstrationen veranstalten, entsteht sehr bald in den Massen selbst die Frage: was werden wir weiter machen? Der Auffassung kann sich niemand verschließen, daß wir höchstwahrscheinlich mit der bloßen Demonstration den Zweck unserer Wahlrechtskämpfe nicht erreichen werden. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß auf die bloßen Kundgebungen des Willens der proletarischen Massen hin die herrschenden Reaktionen Preußen-Deutschlands freiwillig auf ihr stärkstes Bollwerk verzichten werden, und da entsteht naturgemäß in den Massen der demonstrierenden Proletarier die Frage: Sollen wir noch weitere wirksamere Waffen, wenn sich die Waffe des Demonstrationstreiks als nicht ausreichend erweist? (Bravol) Haben wir noch Mittel und Wege, um unserem Willen mehr Nachdruck, mehr Wirksamkeit zu verleihen? Da ist es unsere selbstverständliche Pflicht, auf diese Frage den Massen die klare Antwort zu geben: Jawohl, ihr habt noch ein wirksameres Mittel, das ihr nötigenfalls ins Werk setzen könnt und dieses Mittel ist die Arbeiterverweigerung, das ist der Massenstreik. Und es kommt noch ein weiteres hinzu: sobald wir Massendemonstrationen veranstalten, sobald diese sich immer steigern, immer gewaltiger werden, wird eine Lage geschaffen, in der nicht nur von uns der Ausgang des Wahlrechtskampfes abhängt, sondern es kommen dann andere Faktoren mit ins Spiel, das Verhalten unserer Gegner. Wir wissen alle, in welcher Weise von der herrschenden Reaktion unserer Massendemonstrationen begegnet worden ist, wir haben in frischer Erinnerung all die Säbelattaken, all die Provokationen der Polizei, wir wissen alle, daß bis jetzt unüberlegt geblieben ist die Nachricht des „Berliner Tageblatts“, daß bei der großen Demonstration im Tiergarten am 6. März die Kaserne des 1. Feldartillerie-Regiments in ein Kriegslager vermandelt worden ist, daß man nur auf einen Vorwand lauerte, um die friedlich und ruhig demonstrierenden Massen in ihrem eigenen Blute zu erstickend. Wir haben es bis jetzt fertig gebracht, diese Drohungen ohne Wirksamkeit bleiben zu lassen. Wir haben es erreicht, daß die Polizei ihre Säbel wieder in die Klempe steckte. Aber wer bürgt uns dafür, daß wir nicht in Zukunft mit neuen Provokationen zu rechnen haben, wenn wir wieder die Massen auf den Plan rufen. Im Gegenteil, die ganze Unberechenbarkeit, Kopflosigkeit und Schrankenlosigkeit des herrschenden politischen Systems in Deutschland macht es uns zur Pflicht, als ernste Politiker damit zu rechnen, daß wir auf alle Eventualitäten beim preußischen Wahlrechtskampfe bereit sein müssen. (Sehr richtig!) Und da müssen wir den Massen, die wir zur Demonstration auf die Straße rufen, von vornherein die klare, ruhige Sicherheit geben: Ihr seid nicht wehrlos den

frivolsten Provokationen der fäbelsuchtenden Reaktion preisgegeben, wir haben ein Mittel, um im äußersten Falle auf die Provokation zu antworten, und dieses Mittel ist wiederum die Arbeitsverweigerung, der politische Massenstreik. Parteigenossen! Gegenwärtig erleben wir eine Raufe im Wahlrechtskampf, deshalb ist gewissermaßen die Aktualität aller dieser Fragen, aller dieser Lösungen ein wenig zurückgetreten. Aber ich hoffe, wir werden bald ein machtvolles Wiederaufleben des preußischen Wahlrechtskampfes erleben. Ich hoffe und erwarte, daß unser Referent in seinem Schlußwort den machtvollen Ruf ertönen läßt, den ich bis jetzt noch in seinem Referat vermisst habe, und daß bei der ersten möglichen Gelegenheit der preußische Wahlrechtskampf noch machtvoller wie bisher auflobert. Sobald dies geschehen wird, werden alle diese Fragen in ihrer ganzen Lebendigkeit ebenso vor uns stehen, wie sie im vergangenen Frühling gestanden sind. Wir wissen alle, daß in den leitenden Kreisen unserer Partei und namentlich unserer Gewerkschaften eine starke Abneigung dagegen besteht, daß man die Frage des Massenstreiks namentlich während des Wahlrechtskampfes öffentlich erörtert. Die Befürchtungen ergeben sich aus der Auffassung, als ob es genügen würde, vom Massenstreik in Versammlungen und in der Presse zu reden, damit ein Massenstreik über Nacht ausbricht, ob er gelegen oder ungelegen kommt. Diese Auffassung geht dahin, daß man die Erörterung der Frage des Massenstreiks, die Propaganda des Massenstreiks gewissermaßen als ein Spielen mit dem Feuer auffaßt. Parteigenossen, es ist notwendig, es ist die höchste Zeit, daß sich alle bei uns darüber klar werden, daß diese Auffassung vom Massenstreik total verfehlt ist und eine der Aufgaben unseres Antrages ist, über diese Auffassung volle Klarheit zu schaffen, die Befürchtungen, als ob die Erörterung der Frage des Massenstreiks allein, künstlich, gelegen oder ungelegen, den Massenstreik provozieren könnte, zu beseitigen. Diese Auffassung müssen wir überwinden, wie die anarchistische Auffassung vom Generalstreik, der jene entspricht, längst beseitigt ist. Ein politischer Massenstreik ist nicht eine Erscheinung, die man künstlich dadurch heraufbeschwören könnte, daß man von ihr redet oder diese Waffe propagiert. Ein politischer Massenstreik kann nur entstehen aus historischen Bedingungen; aus der Reife der politischen und wirtschaftlichen Situation kann sich ein Massenstreik ergeben, und wenn irgend etwas Gutes beweist, daß man ins Unendliche vom Massenstreik reden kann, ohne den geringsten praktischen Erfolg, wenn die Bedingungen zu seiner Verwirklichung fehlen, so ist es die Geschichte der Idee des Generalstreiks selbst. Sie wissen, daß die Anarchisten vom Schlage Domela Nieuwenhuis jahrzehntlang den Generalstreik anpriesen als eine Panazee gegen alle Uebel der bestehenden Gesellschaftsordnung und gegen den Krieg, als ein Mittel zur Herbeiführung der sozialen Revolution binnen 24 Stunden. Und heutzutage, wer führt den Generalstreik mehr im Munde als die französischen Syndikalisten anarchistischer Observanz. Das Hausieren mit der Generalstreiks-idee durch Nieuwenhuis hat nicht ein Jota an ernstem Erfolge zu verzeichnen, kein Mensch hat sich darum gekümmert. Und das Land, wo der Generalstreik am wenigsten in der Praxis hervorgetreten ist, ist heute Frankreich, wo die Syndikalisten ihn stets im Munde führen.

So beweist die Geschichte dieser Idee selbst, daß nicht das Propagieren, die Erörterung, das Anpreisen des Massenstreiks künstlich den Massenstreik herborrufen kann, sondern einzig und allein die Reife der historischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Erst im letzten Jahrzehnt, seitdem wir den machtvollen Zusammenschluß des Kapitals zu Kartellen, die Ausperrungspolitik, die beispiellose Verschärfung der Klassengegenstände haben, zeigt es sich, daß in einem Lande nach dem anderen Massenstreiks ausbrechen, nicht, weil

sie einst von Anarchisten propagiert wurden, sondern weil die historischen Bedingungen sie erforderten.

Für uns im preußischen Wahlrechtskampf ergibt sich die Lösung des Massenstreiks aus der einfachen Tatsache, daß das Proletariat einzig und allein auf sich, auf seine eigene Kraft angewiesen ist, um diesem Kampfe zum Siege zu verhelfen. Als schärfste Form der selbständigen politischen Aktion des Proletariats ist der Massenstreik bei uns in Preußen-Deutschland zugleich ein Produkt der Verschärfung der Klassengegenstände, des Verfalls des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demokratie, des Zusammenschlusses aller bürgerlichen Parteien gegen uns, ein Produkt der ganzen geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte.

So aufgefäßt, auf eine solche Basis gestellt, bedeutet die Erörterung des Massenstreiks nicht das künstliche Hervorzubauern eines Massenstreiks ohne Grund und ohne die Bedingungen der Wirklichkeit, sondern sie ist ein hervorragendes Aufklärungsmittel für die Massen, ein hervorragendes Mittel der politischen Erziehung und der Vertiefung der politischen Auffassung der proletarischen Massen. (Sehr richtig!)

Nicht als ein wunderfätiges Mittel, das nur aus der Tasche gezogen zu werden braucht, um uns sichere Siege zu bringen, wollen wir den Massenstreik erörtern und seine Idee verbreiten, im Gegenteil, wir haben allen Grund, der Masse klaren Wein einzugießen — darin bin ich mit Borgmann ganz einverstanden, der das als Argument gegen unseren Antrag vorbringen zu müssen glaubte —, daß wir nicht auf einen Sieg einen solchen Kampf wie den preußischen Wahlrechtskampf siegreich beenden können. Wir müssen die Massen darauf vorbereiten, daß nur in einer langen Reihe schwerer, opferreicher Kämpfe der Sieg errungen werden kann. Aber gerade dadurch, daß wir sie auf die ganze Schwere des bevorstehenden Kampfes im Zusammenhang mit der Erörterung des Massenstreiks hinweisen, erfüllen wir gegenüber der Arbeiterklasse nicht nur ein Werk der politischen Aufklärung, sondern auch der moralischen und sittlichen Erziehung, indem wir an den höchsten Idealismus, an die Opferwilligkeit appellieren. Wenn Sie das alles zusammennehmen, müssen Sie zugeben, daß die Propagierung des Massenstreiks, so aufgefäßt, ein gut Stück Erziehung der Massen zum Sozialismus darstellt. (Sehr richtig!) Ebenso hinfällig wie die Befürchtung, als ob ein Massenstreik, bloß weil man davon redet, unzeitig ausbrechen könnte, ist die Ansicht, daß mir der Propagierung bereits die Festlegung auf einen Termin gegeben ist. Wer kann bestimmen, wann wir in Preußen-Deutschland einen politischen Massenstreik machen müssen? Darüber bestimmen doch nicht wir allein. Ein politischer Massenstreik kann vielleicht über ein, zwei, über drei Jahre, er kann aber möglicherweise auch schon nach den nächsten paar Wahlrechtsdemonstrationen notwendig werden, denn außer unserer Taktik kommt doch die Taktik der Gegner, das Verhalten der Reaktion, die allgemeine Stimmung, die wirtschaftliche Lage in Betracht. Steht die Sache aber so, können wir nicht festlegen, wann und wie der Massenstreik zustande kommt, müssen wir zugeben, daß er möglicherweise schon in sehr kurzer Zeit notwendig werden kann, so ergibt sich daraus die klare Pflicht, die Massen auf ihre Aufgaben vorzubereiten und dafür zu sorgen, daß, wenn die Situation reif ist, sie nicht bloß unter dem Affekt in der Erbitterung zur Waffe des Massenstreiks greifen, sondern als eine politisch geschulte, scharf überlegende Armee von Klassenkämpfern unter Führung der Sozialdemokratie ins Feld ziehen. (Bravo!) Eine solche historische Erscheinung, wie der politische Massenstreik, läßt sich nicht auf Kommando herborrufen, sie läßt sich aber auch nicht auf Kommando abstellen, wenn die Zeit dafür reif ist. (Sehr wahr!) Wenn

wir es unterlassen, die Massen durch eine eingehende Erörterung des politischen Massenstreiks im Zusammenhang mit der historischen und politischen Entwicklung vorzubereiten, dann werden wir nur erreichen, daß gegebenenfalls die Massen sich nicht unter unserer Führung, sondern in chaotischer Verwirrung in den Massenstreik stürzen. Nicht wir, sondern die Massen sind berufen, zu entscheiden, wann die Zeit reif ist, und unsere Pflicht ist es, ihnen die geistigen Waffen zu geben, die klare Einsicht in die Tragweite des Kampfes, in die Größe der Aufgaben und in die damit verbundenen Opfer. Denn hier, wie in jedem anderen politischen Kampfe, heißt es: Bereit sein ist alles. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Klübs teilt mit, daß der Antrag 91 insofern geändert worden ist, daß es im ersten Satze heißen muß an Stelle der Worte „wurzelt in“ — „hängt auf das innigste zusammen mit“.

Limberg-Essen (erhält auf Wunsch außer der Reihe das Wort zu einer besonderen Mitteilung): Ich möchte Ihnen einen Auszug aus dem Zirkular eines kommandierenden Generals mitteilen, das alle Anweisungen an die Truppen gibt, wie sie sich im Falle von Unruhen, Belagerungszuständen, Straßenkämpfen usw. verhalten sollen. (Lebhaftes Hört! hört!) Das Zirkular, das ich aus verständlichen Gründen nicht hier im Original mitgebracht habe, ist vom Freiherrn von Bissing unterzeichnet, dem kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster. Der Herr ist bekanntlich vor 2 Jahren bei Wilhelm II. in Ungnade gefallen. Das Schriftstück stammt nicht aus dem gegenwärtigen Wahlrechtskampfe, aber das ist ja unwesentlich. Es heißt da: „Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Belagerungszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufrührerische Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure (Bewegung und lebhaftes Hört! hört!), sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen (erneute Bewegung und stürmische Hört! hört!-Rufe) ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichstagsabgeordneten. (Lebhaftes Beweise!) Die Festnahme dieser Personen wird vielleicht noch von der Polizei durchgeführt werden können, wahrscheinlich wird sie zum mindesten durch Militär gedeckt werden müssen. Jedenfalls müssen die Festgenommenen der Militärbehörde übergeben und von dieser sobald als möglich in Sicherheit gebracht werden. (Weiterkeit.)

Alle Versammlungen werden verboten und gerade beim Beginn aufrührerischer Bewegungen müssen alle Versuche zur Widerseßlichkeit im Keime erstickt werden. Nichts ist gefährlicher, wie zögernde Maßnahmen, Abwarten kringt auch den Geist der besten Truppen ins Wanken, während Angriff und Kampf ihre Gesinnung befestigt.“ (Hört! hört!)

Es folgen weitere Vorschriften zur Sicherung der Truppentransporte. Es heißt da: „Für den Fall des Eisenbahnerausstandes sind ja Vorkehrungen bereits getroffen.“ (Bewegung und Unruhe.)

Für die Verwendung der Truppen im Straßenkampfe gelten folgende Bestimmungen: „Infanterie soll zusammen mit Kavallerie vorgehen. Ein frontaler Sturm auf Barrikaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie soll vermieden werden, weil er sehr oft fehlschlägt. Die Infanterie soll schrittweise vordringen und zwar durch die Häuser nach Einschlagen der Wände, durch Höfe, Gärten, über Dächer. Beim Marsch in den Straßen ist es zweckmäßig, in Reihenkolonnen auf beiden Seiten der Straße zu marschieren. Gewante Schützen sind vorzunehmen, um nötigenfalls Feuern aus den Fenstern heraus wirksam erwidern zu können. Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugeweiht, etwa jedem Bataillon ein Zug zuguteilen.“

Ferner folgen Vorschriften über die Ausrüstung der Pioniere mit Sprengstoffen usw.

Soweit das Zirkular. Ich will sachliche Ausführungen dazu nicht machen, aber gerade diese Vorbereitungen beweisen, wie notwendig die Schulung der Massen ist, weil man versuchen will, ihr die Führer wegzufchnappen. (Lebhaftes Zustimmung.)

Dr. Weiß-Strasbourg: Wir bitten Sie, den Antrag 88 anzunehmen, weil wir von dieser Rundgebung des Parteitagess eine Unterstützung erwarten in dem schweren Kampfe, den wir im Reichslande um eine moderne Verfassung führen müssen. Diese Kämpfe haben jetzt eine aktuellere und schärfere Bedeutung erhalten durch die Ereignisse der letzten Monate. Zunächst durch die bekannte Rede des Reichskanzlers vor Weihnachten, in der er vom elsass-lothringischen Volke Garantien verlangte, bevor irgendein Fortschritt gemährt werden könne. Dann kamen unsere Wahlrechtsdemonstrationen und bald darauf die Schwertung der Reichsregierung, die sich zu Ostern durch die neue Rede des Reichskanzlers ausdrückte. Darin versprach er, daß jetzt im Herbst ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt werden solle. Wir halten es daher für notwendig, jetzt erneut zu einem Problem Stellung zu nehmen, das eigentlich schon gelöst ist. Wir halten das für notwendig, weil mancherlei gefährliche und volksfeindliche Vorschläge schon gemacht worden sind. Wir wenden uns selbstverständlich gegen den Vorschlag, ein Oberhaus einzuführen oder ein Pluralwahlrecht, oder gar auf die eine oder andere Weise das Reichsland zu einer preussischen Filiale in Süddeutschland zu machen. Man hat vorgeschlagen, den Kaiser zum Landesherren zu ernennen oder eine neue Dynastie zu errichten und gemissermaßen in Strasbourg ein Kehl für obdachlose Prinzen zu gründen. (Weiterkeit.) Ja, ein Graf Holtenborg hat in der „Deutschen Revue“ die direkte Eimerleibung des Reichslandes in Preußen vorgeschlagen. Solange Preußen der Junkerstaat ist und durch ein Dreiklassenwahlrecht regiert wird, erfordert es das Interesse der Demokratie, daß wir mit aller Entschiedenheit uns jedem Versuche irgendeiner preussischen Reaktifikation widersetzen. Borgmann hat in seinem Referat einen Vergleich gezogen mit der vernünftigeren politischen Haltung Englands in Südafrika, wo es den kaum ertöndenen Probingen eine ausgiebige Selbstverwaltung berlassen hat. Elsass-Lothringen hat dagegen jetzt noch die embryonale Verfassung, die vor 30 Jahren geschaffen wurde. Es ist Reichsland mit einem Statthalter als Vertreter des Reichskanzlers und einem Ministerium für Elsass-Lothringen als Reichsamt. Unsere Landesgesetze sind dem Inhalt und Charakter nach Reichsgesetze. Reichstag, Bundesrat, Kaiser, dieser Weg ist auch staatsrechtlich gangbar, und nur ersatzweise tritt an Stelle des Reichstages der Landesauschuß. Die Gesetzentwürfe gehen dabei in jedem Fall an den Bundesrat. Der Landesauschuß beruht außerdem auf einem durchaus reaktionären und mehrfach stehenden Wahlrecht. In der Verwaltung und Gesetzgebung empfinden wir am besten den unmittelbaren preussischen Einfluß. Wir haben allerdings auch einige französische Erinnerungen, die pietätvoll bewahrt bleiben als Erzeugnisse der reaktionären napoleonischen Periode.

Wir verlangen als Voraussetzung jeder Reform das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Landesauschuß. Wir bestreiten dem jetzigen Landesauschuß, der ein Notabenauschuß ist, das Recht, sich die Volksvertretung von Elsass-Lothringen zu nennen. Wir haben nicht das geringste Vertrauen weder zur Regierung, die sich manchmal den Anschein geben will, als ob sie demokratisch sei, auch nicht zu den bürgerlichen Parteien. Auch die Merkanten geben sich eine demokratische Färbung; sie treten für eine Art Union nécessaire aller einheimischen Parteien ein; sie bedecken so ihre Politik

hinter nationalistischen Bestrebungen. Das läuft aber lediglich darauf hinaus, nach der Verfassungsänderung eine sichere Merikale Mehrheit im Landtag zu haben. Der Nationalismus ist lediglich ein Vorwand; in der Nummer vom 9. Juni des „Nouveliste“, dem Organ des Wbe Bettecker in Colmar, versucht dieser sogar die Finanzreform mit nationalistischen Gründen zu erklären, um dem Vorn des Volkes auszuweichen.

Es besteht tatsächlich eine Anhänglichkeit in Elsaß-Lothringen an Frankreich und die französische Erinnerung. Sie besteht, und mit dieser Anhänglichkeit suchen die Merikalen Mißbrauch zu treiben. Es ist aber auch durchaus begrifflich und selbstverständlich, daß diese Empfindung vorhanden ist, und wenn der Statthalter von Elsaß-Lothringen gestern in seiner Rede in Böhlingen das bedauert hat, so wäre vielleicht vorzuziehen, daß er den Gründen dieser Empfindung nachgehe. Sie besteht, weil das elsäß-lothringische Volk aus seiner politischen und revolutionären Ueberlieferung heraus ein Bedürfnis nach Demokratie hat, das innerhalb des Deutschen Reiches keine Befriedigung finden kann. Der Vergleich zwischen der deutschen Reichspolitik und der demokratischen französischen Politik drängt sich in Elsaß-Lothringen geradezu auf, und wenn wir sehen, wie jenseits der Vogesen Kultur reformen durchgeführt werden, wie die Trennung von Staat und Kirche, wie aber bei uns die preußische Reaktion sich Geltung verschafft und Wirkung ausübt in allen Gebieten, so wird man diese Anhänglichkeit verstehen. (Sehr wahr!) Nichts wirkt im Elsaß antinationaler und protektionistischer, als gerade die Politik, die gegenwärtig in Deutschland von den Junkern getrieben wird. Wir behaupten, daß gerade die soziale Demokratie den nationalen Traditionen des Elsaßes dient, indem sie für die Demokratisierung kämpft. (Sehr richtig!)

Wenn wir dem Bedürfnis entsprechen wollen, das im Volke nach Demokratie geradezu schreit, so müssen wir die Forderungen vertreten und durchkämpfen, die in unserer Resolution bezeichnet sind. Wir müssen gegen jede Verperkung wirken, und ich darf wohl sagen, daß wir in Elsaß-Lothringen, die wir noch in der Ueberlieferung der französischen Revolution leben, und die auf der anderen Seite den verhängnisvollen Einfluß der preußischen Regierungspolitik und Gesetzgebung am unmittelbarsten empfinden, daß wir es vielleicht am besten würdigen können, was der Partikularismus für die Demokratie in Deutschland noch bedeutet! (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn vorher die süddeutschen Genossen ihre tatkräftige Sympathie ausgesprochen haben für den preußischen Wahlrechtskampf, so will ich bei dieser Gelegenheit mich den Rednern aus Süddeutschland für die elsäß-lothringischen Genossen anschließen, die durch jenen doppelten Einfluß besonders dazu veranlagt sind, den ungeheuren Wert zu schätzen, den die Demokratisierung des preußischen Wahlrechts für Preußen, Deutschland, ja ganz Europa bedeuten würde.

Diesen Gesichtspunkten entsprechen unsere Forderungen. Sie sind auch staatsrechtlich durchaus erfüllbar. Wir bitten Sie, der Resolution zuzustimmen und durch eine möglichst entschlossene Kundgebung des Parteitagcs uns zu helfen, aus Elsaß-Lothringen ein freies Land zu schaffen! (Lebhafte Beifall.)

Matric-Braunschweig: Ich spreche hier im Auftrage der Genossen eines Bundesstaates, die nicht nur mit dem Herzen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten den preußischen Parteigenossen im Wahlrechtskampfe zur Seite gestanden sind, deshalb zur Seite, weil der preußische Wahlrechtskampf zu gleicher Zeit auch ein braunschweigischer Wahlrechtskampf war. Der braunschweigische Bundesstaat hat bis jetzt, obgleich im Herzen Deutschlands gelegen, keinerlei parlamentarische Vertretung. Wohl haben wir eine Art

Landesvertretung, die aber keinerlei parlamentarische Rechte besitzt. Unser Landtag hat nur das Recht, die ihm von der Regierung vorgelegten Gesetze zu begutachten, und wenn Sie sich nun diese Spottgeburt von Dreck und ohne Feuer, diese braunschweigische Bauernstube, etwas näher ansehen, werden Sie finden, daß man selbst von dieser Bauernstube, wenn sie auch parlamentarische Rechte hätte, nichts zu erwarten hat.

Vor allem dieses elende Dreiklassen- und Privilegienrecht. Preußen hat gewiß ein ganz miserables Wahlrecht, aber das braunschweigische steht noch weit hinter Preußen zurück. Ich glaube, kein Land, nicht einmal Rußland oder die Türken, haben solche elenden parlamentarischen Zustände wie Braunschweig. Nicht nur, daß wir das Dreiklassenwahlrecht haben, wir haben zugleich Wahlprivilegien. Da kommt zunächst der Großgrundbesitz und ernannt seine Abgeordneten — „wählt“ kann man nicht sagen, sondern „ernannt“.

Aber sie haben noch besondere Vorrechte; während sonst ein braunschweigischer Landtagswähler die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen muß, ist das für den Großgrundbesitz nicht nötig. Sobald der einen Besitz von gewisser Größe hat, ist er Wähler, auch wenn er ein Idiot und total berüchtelt ist, wenn er dann auch nicht persönlich, sondern durch einen Vertreter wählt.

Dann kommen die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden. Das sind aber nicht die Leute, die selbst das Gewerbe betreiben, sondern die Großindustriellen, und auch diese ernennen ihre Abgeordneten.

Dann kommen die im Schweiße ihres Angesichts arbeitenden Couponabschneider, die großen Rentiers, und ernennen wieder ihre Abgeordneten, und dann kommen die Vertreter der Intelligenz, der Wissenschaft. Wenn Sie aber glauben, daß dazu wirklich Intelligenz gehört, dann täuschen Sie sich gewaltig. Nur die amtlich abgestempelten Wissenschaftler haben das Recht, sich Wähler zu nennen. So ist es möglich, daß z. B. der bekannte Ehrenbürger von Braunschweig, Ehrendoktor von Göttingen und Tübingen, Wilhelm Raabe, nicht zu den Wählern der Stände gehört.

Ja, noch weiter, der berühmte Mathematiker, Prof. Dr. Dedekind, der, ohne sein Staatsbargen gemacht zu haben, Professor am Kollegium Carolinum, der jetzigen Hochschule von Braunschweig, geworden ist, war einmal aus Versehen in die Reihen dieser abgestempelten Wissenschaftler gekommen, und als man dieses Versehen gewahr wurde, wurde er aus der Liste gestrichen zu einer Zeit, als ihn die Akademie der Wissenschaften zu Paris zu ihrem Mitglied ernannte. (Geisterkeit und Spörl hört!) So schämt man die Wissenschaft in Braunschweig ein. Außerdem kommen dann die Vertreter der schwarzen Gendarmerie, die Geistlichen, aber nur der evangelischen, die sich wiederum ihre Vertreter selbst ernennen. Die katholische Geistlichkeit hat darin nichts zu sagen. Dann erst kommt das übrige Volk, aber die Arbeiter auch noch nicht. Dann kommt erst das infame Dreiklassenwahlrecht, dann wählen dieselben Großgrundbesitzer, dieselben reichen Leute, dieselben großen Fabrikanten noch einmal als Vertreter der ersten Klasse, und zu allerletzt kommt dann das Volk. Aber es ist nicht imstande, auch nur einen einzigen Vertreter durchzubringen, denn es stehen ihm ja die beiden anderen Klassen gegenüber. Bei uns in Braunschweig liegt es so, daß ein Vertreter der ersten Klasse 15mal soviel Wahlrecht hat wie ein Vertreter der dritten und ein Vertreter der zweiten Klasse viermal soviel wie einer der dritten. Das braunschweigische Proletariat hat natürlich alle Ursache, gegen dieses elende Wahlsystem Sturm zu laufen, und wir sind Sturm gelaufen. Wir haben alles versucht, haben Petitionen über Petitionen an den Landtag und die Regierung

geschickt, aber sie sind in den Papierkorb gewandert. Wir sind in großen Massenversammlungen zusammengekommen, man hat uns verläßt. Wir haben große Straßendemonstrationen veranstaltet, die hat man auch nicht beachtet, ja, man hat von dem Neubau der Masse gesprochen. Als dann das Proletariat endlich müde war, sich habeln und hüteln zu lassen und auf die Straße ging, als es dann laut und deutlich nach Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts rief, hat man einfach auf unsere proletarischen Brüder mit dem Säbel eingehauen. Wir in Braunschweig waren die ersten, die den Polizeisäbel zu kosten bekamen, eher als unsere Parteigenossen in Preußen. Das hat uns aber nicht abgehalten, ungeachtet der Opfer, die am 26. Januar in Braunschweig gefordert wurden, bereits am 8. Februar in viel größerer Zahl am hellen lichten Sonntag auf die Straße zu steigen. Da standen dann dieselben Polizisten, ausgerüstet mit ihren bekannten Mordwaffen, aber sie hatten doch nicht den Mut, bei hellem Tage auf die Arbeiterschär einzuschlagen. Wir sind dann weiter in großen Massenmeetings, ungefähr 30 000 Personen, zusammengewesen, wieder durch die Straßen gezogen und der Erfolg war, daß man in Aussicht stellte — nicht offiziell —, daß eine Wahlrechtsvorlage kommen sollte. Und sie wäre gekommen, wenn nicht in Preußen die Wahlrechtsvorlage zurückgezogen wäre. Denn im selben Augenblick, als das in Preußen geschah, hörte auch bei uns das Gerede über das Einbringen einer Wahlrechtsvorlage auf. Nun haben wir uns in Braunschweig aber fest engagiert, wir haben der braunschweigischen Bourgeoisie und der Regierung erklärt, daß wir nicht ruhen und nicht raften werden, bis wir ein besseres, das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht erreicht haben werden. Wir können aber in Braunschweig allein nichts machen, wenn nicht in Preußen gleichzeitig vorgegangen wird. Deshalb hielt ich es für meine Pflicht, hier kurz auf diese Situation hinzuweisen. Sie können versichert sein, nicht mit Worten nur, sondern zur Tat bereit stehen unsere Braunschweiger Arbeiterbataillone, wartend auf die Parole, zu marschieren. Wir wollen und werden kämpfen, wir werden opfern, aber wir wollen auch endlich siegen. (Lebhafter Beifall.)

Wagner-Braunschweig: Sie werden aus den Ausführungen von Antrich die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir in Braunschweig uns die heutigen Zustände nicht länger gefallen konnten. Es handelt sich da nicht allein um Wahlrecht und Verfassung, sondern auch um das ganz infame vormärzliche Bureaokratienregiment, das sich aus einer festen Vettern- und Cliquenwirtschaft erhebt und mit jedem freidenkenden Menschen umspringt, wie Vetternrich in der Zeit der Demagogieverfolgungen. Hiergegen haben wir kein Mittel der früheren Art, sondern wir mußten auf die Straße gehen, um uns Gehör zu verschaffen. Die herrschenden Klassen kümmerten sich nicht um unsere Presse, nicht um unsere Versammlungen, nicht um unsere Petitionen, und erst als wir auf die Straße gingen, als ein Blutbad veranstaltet war, wurde die Öffentlichkeit aufmerksam, die Regierung wurde gezwungen, Farbe zu bekennen, und sie hat sich dabei grenzenlos blamiert. Der Minister Otto erklärte im Landtage, er sehe jetzt ein, daß die Zeit ernst ist, er habe sich schon längst auf ein neues Wahlrecht besonnen, er habe alle Wahlgesetze studiert, aber er sei sich noch nicht klar geworden. (Hört! hört!) Aber obwohl der Landtag bereits im Mai einberufen wurde, kam doch keine Wahlrechtsvorlage, weil in Preußen die Bewegung ruhte. Es ist doch klar, daß unser Sturm im kleinen Wassergläse Braunschweig nur Erfolg haben kann, wenn rings herum in großen preußischen Meer der Sturm tobt. Wenn wir von Preußen nicht unterstützt werden, so wird natürlich auch bei uns die Wahlrechtsbewegung zurückgehen. Im Herbst tritt der Landtag zusammen, wir müssen ihn dann zwingen, Farbe zu be-

kennen, wir müssen demonstrieren, auch wenn Preußen nicht mitgeht. Natürlich halten wir unsere braunschweigische Wahlrechtsfrage nicht für die wichtigste Frage, aber wir sagen uns, daß, wenn die Preußen ihren Jellatschich schlagen wollen, dann können wir sie nicht besser unterstützen, als wenn wir in Braunschweig unseren Jellatschich schlagen. (Sehr richtig!) Deshalb muß die Resolution so scharf wie möglich gefaßt und die Erörterung des Massenstreiks darin aufgenommen werden. Das Wort „mit allen Mitteln“ haben wir schon oft genug gebraucht, wir müssen endlich positiv ein Verstärkungsmittel unserer Demonstrationen angeben, und wir haben in unserm Waffenarsenal nur noch den politischen Massenstreik, über den wir uns ja in Jena klargeworden sind. Ich stehe dem Massenstreik durchaus nicht ohne Bedenken gegenüber, ich weiß, daß er nicht kommandiert werden kann, er muß aus der Masse herauskommen, denn die Opfer haben die kleinen Leute zu bringen, die uns, wenn wir den Massenstreik predigen, einfach sagen: „Ja, Ihr habt es gut, Ihr Parteibeamten, Ihr Redakteure, Ihr kommt wieder in eure Stellungen, aber wir müssen die Opfer bringen!“ Um so notwendiger ist es, die Arbeiter aufzuklären. Weiter weiß ich sehr wohl, daß der Massenstreik der Begeisterung entspringen muß. Aber das darf uns nicht zu dem Irrtum verleiten, daß er nur das Werk plötzlicher Begeisterung sein könnte. Es ist hier genau so, wie mit der künstlerischen Begeisterung. Wenn die Stunde der Begeisterung über den Künstler kommt, und er hat kein Motiv, dann verflodert die Begeisterung leicht. Hat er aber einen Plan, hat er das Gerippe eines Dramas oder Gedichts schon im Kopfe, und es kommt die Begeisterung über ihn, dann gibt es ein gutes Werk. Ähnlich in der Politik. Die Stunde der Begeisterung, die die Massen zum Massenstreik drängt, wird schon kommen, aber wenn er dann nicht genau erörtert ist, und wenn die Massen sich dann nicht ganz klar sind, dann kann es dahin kommen, daß sie nicht wissen, womit sie beginnen sollen. Wir haben in Jena den Massenstreik in unserm Waffenarsenal eingestellt, aber er ist verrostet. Wir müssen den Massen zeigen, wie sie ihre Empörung ausdrücken können, um so mehr, nachdem uns Limberg die Pläne des Militärs verlesen hat. Ich nehme das nicht ernst, aber gerade auf diese Drohungen könnte der Parteitag keine bessere Antwort geben, als eine möglichst scharfe Fassung der Resolution. Auch diejenigen, die gewisse Bedenken gegen den Massenstreik haben, könnten für die Resolution Luxemburg stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Eugen Ernst-Berlin: Ich glaube im Namen aller norddeutschen Parteigenossen, speziell der preußischen Genossen, unserer Freude Ausdruck geben zu sollen über die Unterstützung unserer süddeutschen Genossen in unserem Wahlrechtskampfe. (Bravo!) Wir sind stets davon überzeugt gewesen, daß sie auch in Zukunft uns in unserm Kampf Beistand leisten werden und sind erfreut über den besonderen Ausdruck der Sympathie, den wir hier soeben bekommen haben. (Beifall.) Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß wir einig sind in dem Kampf gegen den gemeinamen Feind (Lebhafter Beifall), daß wir immer zusammenstehen, Schulter an Schulter, verbunden durch dasselbe Ziel, dasselbe Streben. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir sind uns über den Ernst der Situation vollständig klar, wir wissen, welchen Widerstand wir namentlich in Preußen zu brechen haben, aber wir wissen auch, welche Bedeutung der preußische Wahlrechtskampf nicht nur für Preußen, sondern für die demokratische Bewegung in ganz Deutschland hat. (Sehr wahr!) Wir geben Ihnen infolgedessen auch von dieser Stelle aus das Versprechen: Der Wahlrechtskampf in Preußen hört nicht eher auf, ehe nicht unser Ziel, das freie, allgemeine Wahlrecht auch in Preußen errungen ist. (Lebhafter Beifall.) Der

Kampf hört nicht auf, ehe nicht auch Preußen in die Reihen der Kulturländer mit demokratischer Verfassung gedrängt ist. (Wiederholter Beifall.)

Es ist gesagt, daß eine gewisse Abweichung in den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften gegen die Erörterung des Massenstreiks vorhanden ist. Ich leugne nicht, daß hier und dort jemand vorhanden ist, der der Erörterung dieser Frage nicht sympathisch gegenübersteht, aber man darf solche einzelnen Vorkommnisse nicht verallgemeinern. In den leitenden Kreisen von Partei und Gewerkschaften bestehen keinerlei Bedenken, daß der Massenstreik angewendet werden muß in dem Augenblick, wo die politische Situation uns das Mittel aufzwingt. Bedenken bestanden nur dagegen, daß der Massenstreik erörtert werden soll zu einer Zeit, wo wir mitten im Wahlrechtskampf standen. Wir sagten uns, wenn jetzt die Frage erörtert wird, dann kann man auch diejenigen, die zurzeit mit der Anwendung dieses Mittels nicht einverstanden sind, nicht hindern, ihre Meinung öffentlich zu sagen, und dann erleben wir das Schauspiel, daß wir mitten in der Aktion eine weitläufige Diskussion haben, daß zur Freude unserer politischen Gegner von uns erörtert wird, ob unsere Macht ausreicht, dies Mittel zu gegebener Zeit anzuwenden. (Sehr wahr!) Diese Meinung kann auch nur entstanden sein aus einer mißverständlichen Auffassung des Beschlusses der Landeskommission. In der Landeskommission ist ausdrücklich gesagt: Wir verwerfen das Mittel des Massenstreiks nicht, wir müssen aber von Fall zu Fall Stellung nehmen, ob er möglich ist oder nicht. Wir haben ihn nicht für den ganzen Wahlrechtskampf abgelehnt, sondern nur in dem damaligen Augenblick für ungewinnlich gehalten. Es ist auch die Meinung laut geworden, als hätten wir der Presse verboten, irgendwelche Erörterungen anzustellen. Auch das ist nicht der Fall. In der Sitzung der Landeskommission hat ein Mitglied der preussischen Parteileitung ausdrücklich gesagt: „Nun zur Presse. Bisher ist hier nicht entschieden, daß die Presse gar nichts über den Massenstreik bringen soll. Wir können aber nicht Zensuren sein, die die Redakteure als Kulis behandeln.“ Weiter weise ich darauf hin, daß die preussische Parteileitung immer und immer wieder die Frage erörtert hat: Ist es angebracht, irgendwelche schärferen Maßregeln jetzt zu ergreifen, ist die politische Situation so, daß wir notwendigerweise einen Schritt weiter gehen müssen. Ich glaube ohne Ruhmredigkeit konstatieren zu können, daß von Seiten der preussischen Parteiorganisationen auch nicht ein einziger Vorwurf gegen die preussische Parteileitung erhoben ist. (Sehr richtig!) Das beweist, daß innerhalb der Organisationen die Meinung vorhanden war, unsere Vorschläge sind gut, um das Wahlrecht zu erringen. Also, es waren für uns lediglich praktische Erwägungen maßgebend, ob gerade die Zeit des Kampfes angebracht ist, die Frage zu erörtern.

Nun ist gesagt, die Resolution des Vorstandes lasse vermischen, daß der politische Massenstreik auch als Mittel im Wahlrechtskampf gilt. Das ist eine Verkennung. Es ist in der Resolution ausdrücklich die Rede davon, daß die Genossen den Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiter führen werden. Darunter ist auch zu verstehen, daß, wenn die politische Situation es gebietet, wenn alle die Umstände, die Genossin Rosa Luxemburg angeführt hat, vorliegen, auch dies Mittel selbstverständlich angewandt werden muß. Da spricht die politische Situation, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Stimmung der Massen usw. mit. Wir sind aber der Meinung, daß dies Mittel nicht blindlings angewendet werden darf. (Sehr richtig!) Dazu hat es doch eine viel zu große Bedeutung. Weiter sind wir der Meinung, daß vor seiner Anwendung eine Ausdrucksweise mit den Gewerkschaften gepflogen werden muß. (Sehr wahr!) Die Annahme der Resolution Luxemburg würde ein Akt der Unfreundlichkeit gegenüber den Gewerkschaften sein. (Sehr richtig!) Als die

Gewerkschaften in Köln ihren bekannten Beschluß über den Massenstreik gefaßt haben, da ist von Seiten der politischen Organisation mit Recht darauf hingewiesen, daß sie sich vorher in einer solchen Frage mit der politischen Partei hätten verständigen müssen. (Sehr richtig!) Aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wollen wir das Mittel des Massenstreiks anwenden, dann müssen wir die Ueberzeugung haben, daß die Gewerkschaften mit uns gehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Gerade mit Rücksicht darauf, daß wir auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen, bitte ich die Resolution Luxemburg abzulehnen, wir wollen uns nicht auf ein Mittel festlegen. (Sehr richtig!) Wie die politische Situation ist, wie die Gegner uns angreifen, so muß geantwortet werden, und da können Sie sicher sein, daß weder das Drohen mit der gepanzerten Faust noch Schmeicheleien uns auch nur um Haarsbreite von unserem Weg abbringen werden. (Bravo!) Wenn die preussische Parteileitung aber auch wagen wollte, gegen die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes Stellung zu nehmen, dann ginge die Masse über sie hinweg. Dazu sitzt der Masse die Erbitterung über die Dreiklassenmacherei viel zu tief im Herzen. Diese Erbitterung wird dafür sorgen, daß zu gegebener Zeit auch das richtige Mittel angewandt wird. (Sehr wahr!) Nun hat die Genossin Luxemburg eigentlich den entscheidenden Teil aus ihrer Resolution herausgestrichen; wie die Resolution jetzt besteht, ist sie nur eine Umschreibung der Resolution der Parteileitung mit einigen unfreundlichen Bemerkungen, die daraus resultieren, daß sie glaubt, daß bisher die Diskussion unterbunden war. Ich ersuche sie deshalb, ihre Resolution zurückzuziehen. (Zustimmung.) Sollte sie das nicht tun, dann bitte ich im ersten Fall statt „durch eine große entschlossene Massenaktion“ zu sagen: „durch große entschlossene Massenaktionen“. Den zweiten Absatz der Resolution bitte ich abzulehnen.

Ich wiederhole, was der geschäftsführende Ausschuß für Preußen im Auftrage der Landeskommission immer und immer wieder gesagt hat: wir werden den Kampf führen mit allen Mitteln, die der Arbeiterschaft zu Gebote stehen, mit all der Erbitterung, mit all der heißen Leidenschaft, weil wir wissen, es ist unsere Pflicht, erst die Dreiklassenmacherei hinwegzufegen, ehe Preußen in die Reihe der Kulturstaaten gedrängt werden kann. Weil wir wissen, daß Preußen eine stete Gefahr für den demokratischen Gedanken in Deutschland ist. Deshalb werden wir nicht eher ruhen, als bis das Ziel erreicht ist. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender: Der Ausschuß macht Mitteilung vom Eingang der Erklärung 102.

Bogtherr-Wiesbaden: Die Worte, die Genosse Ernst an die süddeutschen Genossen gerichtet hat, werden zweifellos bei allen preussischen Genossen den stärksten Widerhall finden. Wir haben ja stets die Solidarität des Wahlrechtskampfes betont und die Notwendigkeit hervorgehoben, für alle deutschen Bundesstaaten das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzuführen. Diese Solidarität ist in unserer Partei etwas Selbstverständliches. Unser Antrag betrachtet die Frage des Wahlrechts auch als eine Reichsfrage. Wie schon Limberg gesagt hat, macht ja auch die Militärdiktatur diese Frage zu einer Reichsfrage. Wir sollten immer wieder betonen, daß hier eine einheitliche gemeinsame Lösung im Sinne unseres Parteiprogramms zu fordern ist. Borgmann hat ausführlich die Vorherrschaft Preußens im Reich geschildert und darauf hingewiesen, welcher gefährlichen Einfluß diese Vorherrschaft auf alle anderen Einzelstaaten ausübt. Wir sprechen deswegen mit vollem Recht von einer absoluten beabsichtigten und zum Teil schon erreichten Verpreuung auch derjenigen Einzelstaaten des Reiches, die wenigstens in Einzelheiten nicht so miserabel in ihrem Verfassungsleben, ihrem geistigen und politischen Leben

gestaltet sind wie Preußen. Es macht ja auch namentlich unsere gesamte gegenwärtige reaktionäre Presse und das preußische Junkertum bereits die Wahlrechtsfrage ihrerseits insofern zu einer Reichsfrage, als sie sich einmischen in die Regelung des Wahlrechts der Einzelstaaten. Wir haben es erst vor Monaten gelegentlich der Gestaltung des Landtagswahlrechts von Hessen gesehen. Wir wissen, daß es sich in allen Einzelstaaten um gemeinsame, fast gleiche Pflichten handelt, und aus dem Grunde haben wir auch gemeinsame Rechte zu fordern. Die Unterschiede, die Eigenarten der Einzelstaaten liegen lediglich in der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Struktur und der politischen Herrschaft. Bei uns in Preußen herrschen die Junker, wo anders herrschen die Großindustriellen, beide verneinen das Recht der großen Masse. Selbstverständlich ist, daß wir in Preußen wie in allen anderen Einzelstaaten den energischen Kampf für die Erwerbung des Wahlrechts fortführen entsprechend unserm Programm; aber wir halten es auch für erforderlich, eine größere Konzentrierung des Wahlrechtskampfes dadurch zu erreichen, daß man der Wahlrechtsforderung einen Reichscharakter aufbringt und den Reichstag immer wieder vor die Frage stellt, wie auf reichsgesetzlichem Wege das Wahlrecht in den Einzelstaaten zu regeln ist. Gewiß hat unsere Reichstagsfraktion bei verschiedenen einzelnen Gelegenheiten ganz in unserem Sinne unsere Forderung bereits an den Reichstag gestellt, aber meines Wissens ist das nicht immer gesehen in Form von eigenen Initiativanträgen, ohne Zusammenhang mit irgendwelchen anderen Gelegenheiten. (Lebebour: Doch!) Es ist ja möglich, daß ich mich irre, aber öfter ist es ganz gewiß nicht geschehen. Es ist meines Wissens im Zusammenhang mit der medienburgischen und der elsässischen Frage geschehen. Wir wollen, daß in Form von Initiativanträgen alle unsere Gegner im Reich gezwungen werden sollen, zu der Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen und unabhängig von ihrer Landeszugehörigkeit zu erklären, wie sie über die gemeinsame Gestaltung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Einzelstaaten denken. Damit erhöhen wir auch die Stoßkraft unserer Gesamttagitation im Reich, indem wir den Parteigenossen im ganzen Reich immer wieder die Gefahren zeigen, die ihnen aus einer ungenügenden Vertretung in den Einzellandtagen entstehen. Wir versprechen uns dadurch aber auch hervorragenden Einfluß auf die großen indifferenten Massen, die uns noch fernstehen. Denn das begreift auch der Indifferenteste, daß es sich hier für ihn um eine Lebensfrage seiner Rechte und seiner wirtschaftlichen Interessen handelt. (Bravo!)

Dittmann-Ganau: Einig sind wir uns darüber, daß die siegreiche Durchführung des Wahlrechtskampfes in Preußen gewaltige Kräfteanstrengungen und Opfer erfordert, und wenn der Referent heute morgen unter anderem die Frage aufgeworfen hat, ob die Regierung noch einmal das arbeitende Volk provozieren würde, zu StraßenDemonstrationen überzugehen, so sind wir uns wohl darüber klar, daß man uns im weiteren Verlaufe nicht nur zwingen wird, zu erneuten Demonstrationen überzugehen, sondern man wird von uns noch ganz andere Kämpfe und Opfer verlangen. (Zustimmung.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die Resolution des Vorstandes dürfte einstimmige Annahme finden und es handelt sich im wesentlichen darum, ob der Parteitag gewillt ist, den Antrag der Genossin Luxemburg ebenfalls zu dem seinigen zu machen. Dem Referenten wurde mitgeteilt, daß der erste Teil akzeptiert wurde, auch vom Parteivorstand und der Kontrollkommission. Zu dem Antrage des Genossen Ernst habe ich im Auftrage der Genossin Luxemburg mitzuteilen, daß sie mit dieser Aenderung einverstanden ist.

Die Frage ist nun: hat der Parteitag Ursache, den zweiten Teil oder die Gesamtresolution abzulehnen? Von einem Teil der Genossen, insbesondere

aus leitenden Gewerkschaftskreisen, ist eine Erklärung hierzu vorgelegt worden (Zuruf: Verwahrung!), die leider eine Verwahrung enthält. In dieser Erklärung wird betont, daß man daran festhalten müsse, daß der Wahlrechtskampf in allen seinen Phasen gemeinsam von Partei und Gewerkschaft vorbereitet und durchgeführt werden muß. Genossen, das ist etwas so Selbstverständliches (Sehr richtig!), daß diese Verwahrung vor dem Parteitage wirklich überflüssig ist. (Zustimmung.) Ich möchte Sie fragen, wer denn etwas anderes, wer das Gegenteil verlangt hat. Genossin Luxemburg, die kaum mehr zum Worte gelangen dürfte, beauftragt mich, Sie hinzuweisen auf ihren Artikel in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ vom 15. März d. J. (liest): „Es ist allerdings klar, daß eine Aktion von dem Charakter und der Tragweite des Massenstreiks nicht von der Partei allein ohne die Gewerkschaften gemacht werden kann. Nur aus gemeinsamem einmütigen Zusammenwirken beider Organisationen kann jene gewaltige Aktion im ganzen Lande ausgeführt werden, um die es sich in Deutschland allein handeln kann.“

Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß im Wahlrechtskampfe Partei und Gewerkschaften Schulter an Schulter marschieren und uns alle, die wir etwa in früheren Jahren lebhaftere Diskussionen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft mitgemacht haben, hat es gefreut, daß im Wahlrechtskampfe in allen Orten Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihr Bestes getan haben, um den Wahlrechtskampf vorwärts zu bringen, sei es durch Versammlungen, Straßendemonstrationen oder sonstige. (Zustimmung.) Wir haben das für selbstverständlich betrachtet und ich möchte den Wunsch ausdrücken, daß wir uns über die gemachten Vorschläge möglichst einmütig verständigen.

Enthält der Antrag Luxemburg etwas, was auf Grund früherer Beschlüsse abgelehnt werden müßte? In Jena hat die deutsche Sozialdemokratie den Massenstreik in ihr Waffenarsenal aufgenommen, im Jenaer Beschluß ist auch zweifellos zum Ausdruck gebracht, daß die Erörterung des Massenstreiks nicht nur nicht verboten wird, sondern daß die Genossen verpflichtet sind, bei der Frage der Waffen, die im Wahlrechtskampfe zur Anwendung gelangen sollen, auch die Beschlüsse von Jena in Erinnerung zu behalten. (Sehr richtig!) Es ist hingewiesen worden auf die Beschlüsse des letzten preußischen Parteitages und gesagt, wir haben ja das, was die Resolution verlangt, schon auf dem letzten preußischen Parteitag beschlossen und zum Ausdruck gebracht, daß der politische Massenstreik eines jener Mittel ist, die wir eventuell zur Anwendung bringen müssen. Das haben Sie bestätigt, das ist Beschluß und ich möchte Sie dringend bitten, das, was im Jenaer Beschluß steht und auf dem letzten preußischen Parteitag bestätigt wurde, nicht zu desavouieren. (Zuruf: Was beschlossen worden ist, braucht doch nicht nochmals beschlossen zu werden.) Ja, in der Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission steht doch auch schon mehr als ein Satz, der schon einmal festgestellt wurde. Das ist selbstverständlich. Wir haben recht oft Resolutionen gefaßt, die eine neue Bedeutung früherer Beschlüsse bedeuten. (Zustimmung.) Von allen Diskussionsrebner ist gesagt worden, was materiell im Antrag steht, kann gar nicht abgelehnt werden, weil eine Diskussion über den Massenstreik gar nicht unterbunden werden darf; das war auch in der Vergangenheit nicht verboten: (Frank: Dann braucht man das doch nicht zu beschließen!) Es kommt doch auf den materiellen Inhalt an, ob etwas in dem Antrage steht, was man ablehnen möchte. (Sehr richtig!) Wenn Sie selbst die Resolution in Ihrem zweiten Teile ablehnen, dann werden Sie an der Sache nichts ändern, und zwar schon deshalb, weil Sie gar nichts daran ändern können.

Wir sind alle darüber einig, daß wir beim Wiedereintritt in den Wahlrechtskampf nicht sagen können: jetzt haben wir wieder angefangen und das

nächste ist der politische Massenstreik. Wir sind uns darüber einig, daß nach der politischen Situation vorgehen werden muß. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Genosse Limberg hat uns hier ein Prachtstück vorgelesen, das, wenn auch vor ein bis zwei Jahren im Wahlrechtskampfe als Befehl verfaßt, zur Ausgabe gelangt ist. Das ist nur eines aus den letzten Jahren. Die blutigen Polizeiatacken sind uns ja genügend bekannt und ich erinnere an die letzte große Frankfurter internationale Kundgebung. Das Frankfurter Militär war im Manöver und standen daher Extragüge in Hanau und Mainz bereit, um das dortige Militär je nach der „Revolution“ in Frankfurt dorthin zu entsenden.

Der Kampf muß uns einig finden und wenn im Vorstandsbericht betont wurde, wie wir die Organisation und Presse stärken müssen, dann gilt das zu keiner Sache mehr als zum Wahlrechtskampfe, und darum bitte ich, verständigen wir uns womöglich über die Resolution Luxemburg, und sind wir einig, die Organisationen von Gewerkschaften und Partei zu stärken, bis zum äußersten alle Kräfte zusammenzufassen. Denn alle Kräfte sind notwendig in den schweren Kämpfen der Zukunft und Einigkeit ist nötiger als je. (Lebhafter Beifall.)

Leinert-Hannover: Ich bedauere, daß die Genossin Luxemburg sich nicht dazu verstanden hat, ihre Resolution zurückzuziehen. Dadurch bin ich leider in die unangenehme Lage versetzt, mich weniger mit dem Wahlrechtskampfe als mit dem Antrage Luxemburg zu beschäftigen. Das tut mir leid, weil im Interesse der ganzen Agitation eine wirksame und einheitliche Kundgebung viel wichtiger ist, als die Erörterung der Massenstreiffrage. Der diesjährige Parteitag ist deshalb besonders wichtig, weil er feststellt, daß jeder Disziplin zu üben hat. Daher bedauere ich auch, daß unter dem Antrage die Namen Liebknecht und Rudolph stehen, die beide in der preussischen Landeskommission die Debatten darüber, ob der Massenstreik im Wahlrechtskampfe angewandt werden soll, mitgemacht haben. (Sehr richtig!) Wir waren in der preussischen Landeskommission der Meinung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Erörterung des Massenstreiks ein ungeeigneter ist. (Hört! hört!) Der Antrag Luxemburg bedeutet zudem noch einen Disziplinbruch (Lachen), ich will es Ihnen gleich beweisen. In Mannheim ist festgelegt worden, daß unter Umständen der Massenstreik zur Anwendung kommen soll und auch, wann er ausgeführt werden soll. Da heißt es in der Resolution unter II:

„Um bei Aktionen, die die Interessen der Arbeiterschaft und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralkomitees der beiden Organisationen versuchen, sich zu verständigen.“

Auch die Methode der Ausführung ist genau festgelegt worden, denn es ist bestimmt unter I:

„Soweit der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“

Nachdem das beschlossen ist, ist eine Erörterung darüber, ob wir beim Wahlrechtskampfe in den Massenstreik eintreten sollen oder nicht, für die Partei sicherlich nicht von Nutzen.

Nun hat Genossin Luxemburg uns die Resolution dadurch schmählicher machen wollen, daß sie das Wort „Propagierung“ ausläßt. Wenn sie dieses Wort herausnimmt, und Genosse Ditzmann erklärt, daß trotzdem die Erörterung nicht unterbunden werden soll, dann bin ich der Ueberzeugung, daß mit der Annahme der Resolution die Erörterung nicht nur nicht unterbunden, sondern erst herbeigeführt werden soll. Und die Folge sind Beschlüsse, die an

die Erörterung geknüpft werden. Ich mache auch darauf aufmerksam, welchen Eindruck es dann machen muß, wenn wir in eine Erörterung eintreten, wenn wir große Versammlungen abhalten, wenn die Genossin Luxemburg in ihrer Art die Massen für den Massenstreik begeistert, und nachher kommen die auch auf diesem Parteitag schlecht weggekommenen Führer — auch der Gewerkschaften — (Hört hört!) und sagen, das geht jetzt nicht unter diesen Umständen. (Hört! hört!) Was wird dann aus einer solchen Aktion? Das hätte sich die Genossin Luxemburg überlegen und sich sagen müssen, daß es nicht im Interesse der einheitlichen Taktik in der Partei liegt, mit solchen Anträgen in den preussischen Wahlrechtskampfe hineinzufahren. Auf der Tagesordnung steht doch der Punkt „Wahlrechtsfrage“. Genossin Luxemburg stellt ihren Antrag zum Punkte „Preussische Wahlrechtsfrage“, um den allein es sich hier gar nicht handelt. Sie will also den Massenstreik auch nur in Preußen. Warum schreiben Sie nicht in den Antrag, daß der Massenstreik auch in Sachsen durchgeführt werden soll? Das dortige Wahlrecht befriedigt uns doch auch nicht. Warum wollen Sie gegen die bisherige Uebung auftreten, daß über den preussischen Wahlrechtskampfe die preussischen Genossen nur entscheiden? Soll der Parteitag über eine rein preussische Frage entscheiden? Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteitag in einer Frage entscheidet, die die preussischen Parteimitglieder schon den ganzen Winter und den ganzen Sommer beschäftigt hat. Der Parteitag darf nicht eine Resolution annehmen, die den Intentionen und Ansichten der preussischen Instanzen in keiner Weise entspricht. (Beifall und Widerspruch.) Es ist nicht parteigenösslich, einer großen Organisation wie der preussischen einen Beschluß des Parteitages aufzuzwingen, der den Absichten der preussischen Organisation bisher nicht entspricht hat. (Beifall.) Deshalb erkläre ich, daß wir diesen Antrag in allen Teilen ablehnen müssen. Die Ablehnung dieses Antrages ist für die Partei zwar kein Ruhmeszeichen, aber wir müssen uns dagegen wenden, weil wir mit diesem Antrage nichts anfangen können.

Die Genossin Luxemburg sagte, wann der Massenstreik kommt, das wissen wir nicht, er kann in drei Jahren kommen, auch schon früher. Ich sage: Wann der Massenstreik begonnen werden soll, das bestimmen die Leiter der Organisationen, das wissen der Parteivorstand und die Generalkommission und nicht die Genossin Luxemburg. (Beifall und Oho-Rufe.) Sie haben es doch selbst in Mannheim beschlossen, daß diese beiden Instanzen alle Maßnahmen treffen sollen. Genossin Luxemburg sagte: Dann könnten wir vor der Tatsache stehen, daß wir die Massen kopflos finden. Weiter sagt sie aber auch, nur die Massen können entscheiden, ob wir den Massenstreik haben sollen. Das ist doch ein Widerspruch. Das ist ein Appell an die Massen zum Gegenatz gegen die Führer, der auf diesem Parteitag schon einmal zum Ausdruck gekommen ist und gegen den wir lebhaft protestieren müssen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Wir haben, glaube ich, alle Veranlassung, aus der Parteidiskussion Dinge auszuscheiden, die uns nicht zum Nutzen gereichen. Angesichts der glänzenden Situation, in der wir uns befinden, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen, die ihre Schatten vorauswerfen, ist es ganz ungeeignet, den Genossen zu empfehlen, den Massenstreik zu erörtern, statt zu erörtern, wie wir bei den nächsten Wahlen siegen. Statt die Kräfte zu verwenden, um die Gegner zu besiegen, will man sie gegen die Genossen in einer unfruchtbaren Diskussion verbräuen, um ein Kampfmittel, das wir gegenwärtig nicht anwenden können. (Sehr richtig!) Wir offenbaren mit der Annahme des Antrages unseren Gegnern von vornherein unsere Taktik. (Sehr richtig!) Genosse Liebknecht sagte, er habe die Disziplin mit der Muttermilch eingesogen und achte deshalb alle Beschlüsse. Jetzt sollen wir eine Taktik für Situationen ha-

schließen, die wir noch gar nicht kennen, und uns im Interesse der Disziplin für gebunden erachten. Das geht nicht. Sein Vater hat einmal richtig gesagt: und wenn in 24 Stunden die politischen Situationen sich 24mal ändern, ändert sich auch 24mal unsere Taktik. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Nun sollen wir heute sagen: der Massenstreik ist ein Mittel, das die Genossen erörtern müssen, damit sie im gegebenen Falle nicht kopflos dastehen. Diese Feuerung beweist nur, daß die Genossin Luxemburg in der Organisation nicht tätig ist und davon keine Kenntnis hat. (Sehr richtig!) Wir stehen in der Organisation so da, daß auch nicht ein einziger Genosse bei irgendeiner Agitation kopflos dasteht. (Beifall.) Müßten wir den Massenstreik in vierzehn Tagen durchführen, und wären die berufenen Instanzen einig, dann würde niemand kopflos sein. (Beifall.) Dann würde der Streik organisiert werden. Dafür birgt das Klaffengefühl und die Organisation unserer Partei und der Gewerkschaft. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir heute unsere Taktik für die Zukunft festlegen, so würde das eine große Dummheit sein. Wir sind jeder Situation in der Welt gewachsen, das weiß jeder, der in dem Aufbau der Organisation tätig ist. Wenn das der Fall ist, dann sind wir auch allen im preußischen Wahlrechtskampfe gegebenen Situationen gewachsen, und dann haben wir nicht nötig, solche Resolutionen anzunehmen, die doch nichts nützen, aber zu unfruchtbaren Debatten führen. (Lebhafter Beifall.)

Wolfgang Heine: Als Mitglied der Reichstagsfraktion wende ich mich zunächst gegen den Antrag 101. Er ist vollkommen überflüssig. Seit ich im Reichstage bin, nunmehr im 13. Jahre, wird ein solcher Antrag von unserer Fraktion ständig eingebracht. Als ich an Stelle Bogtherr's in den Reichstag kam, fand ich den Antrag auch schon in früheren Akten vor. Hätte sich Bogtherr dessen erinnert, so würde er heute nicht das verlangt haben, was längst geschieht. Nun hat auch Lehmann den Antrag mit unterzeichnet, er ist Mitglied des Reichstags (Seiterkeit), und von ihm sollte man doch verlangen, daß er seinen Kollegen nicht noch erst in einer Form, die einem Adeln wegen Pflichtverletzung gleichkommt, einen Auftrag geben läßt, den sie längst erfüllt haben. (Seiterkeit.) Ich bitte Lehmann, sich die Reichstagsakten vorher anzusehen, ehe er einen Antrag unterzeichnet. Natürlich sind wir nicht in der Lage, in jedem Kalenderjahr den Antrag auch zur Erörterung im Reichstage zu bringen. Das hängt von der Reihenfolge der Parteien ab, die ihre Schwerinstage haben. Schließlich sind wir auch, wenn wir an die Reihe kommen, nicht freiz in der Lage, gerade diesen Punkt zur Besprechung zu bringen. (Richard Fischer: Wenn aktuelle Fragen vorliegen!) Es gibt Sachen, die eiliger und notwendiger sind. Wir haben auch die Frage des Wahlrechts der Einzelstaaten in Form von Interpellationen erörtert. (Lederbour: Auch beim Etat.) Gewiß, wir haben in dieser Hinsicht nichts vernachlässigt. Ich bitte Sie, uns nicht den Auftrag zu geben, etwas kalendermäßig alle Jahre zu machen. Es liegt in der Natur der Sache, solche Aufträge zu geben, eine große Gefahr für die Partei. Wenn man sich daran gewöhnt, wie die Kirche bestimmte Feste feiert, jedes Jahr über eine bestimmte Sache reden zu müssen, so verliert man Zeit und Lust, seine Arbeit den Bedürfnissen des Augenblicks anzupassen, und schließlich wird gar nichts mehr getan, als was im Kalender steht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Die Vorstandsvorlesung zur Wahlrechtsfrage kann ich empfehlen. Ich brauche über die Schlechtigkeit des preußischen Wahlrechts kein Wort zu verlieren. Nun zum Antrag 100. Ich möchte mich nicht einmischen in den häuslichen Streit zwischen den Mitarbeitern der „Neuen Welt“ und des „Vorwärts“. In diese langatmige Erörterung über die Frage, ob der Massenstreik sträflich werden soll, Ich glaube, wir haben davon nachgerade genug be-

kommen. Meine Meinung über den Massenstreik ist bekannt. Eine Erörterung des Massenstreiks wäre etwas, was ich durchaus wünschen würde, wenn es eine „Erörterung“ sein sollte, d. h., wenn geprüft würde, ob die Voraussetzungen für die Anwendung des Massenstreiks vorhanden sind, oder ob sie fehlen. Das müßte aber rein sachlich geprüft werden. Für Frau Luxemburg ist aber „Erörterung“ und „Propagierung“ vollkommen gleich, selbst nachdem sie das Wort „Propagierung“ verständigerweise hat fallen lassen. Propagierung ist eine Erörterung, bei der man schon von vornherein weiß, worauf man hinaus will. Propagierung heißt nichts anderes, als Empfehlung des Massenstreiks als ein jetzt anzuwendendes Mittel. Sie behaupten, mit der „Propagierung“ sei nichts gesagt über den Zeitpunkt des Massenstreiks. Nun, da schlage ich Sie mit Ihren eigenen Worten. Sie selbst sagen, daß nicht die Führer, sondern die Massen entscheiden. Wenn man nun den Massenstreik den Massen empfiehlt, dann bestimmen diese damit auch den Zeitpunkt. Ich bin durchaus der Meinung des Vorredners und des Redners vom Parteivorstand, daß eine solche Erörterung, die zu einer Prüfung der uns zu Gebote stehenden Machtmittel führen muß, in der gegenwärtigen Zeit des Kampfes nicht angebracht ist. Wenn wir das erörtern wollen, wollen wir es in geschlossenen Kreisen tun. (Zustimmung.) Hier schaden wir der Partei mehr, als wir nützen. Frau Luxemburg hat mit leiser Ironie von den französischen Genossen gesprochen, die den Massenstreik ständig im Munde führen. Sorgen wir dafür, daß man uns nicht denselben Vorwurf macht. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Zeffin: In der Frage, die uns beschäftigt, bin ich entgegengesetzter Meinung wie Genosse Heine. Wenn wir wollen, daß eines Tages das Proletariat reif ist für den Gebrauch der Waffe des Massenstreiks, dann müssen wir in dem Bewußtsein der Masse selbst zuerst die geistigen Vorbedingungen dafür schaffen. Um nichts weiter, aber auch um nichts weniger handelt es sich in dem gegebenen Augenblick. (Sehr richtig!) Wir müssen die geistige Disposition der Ausgebeuteten und Entrechteten für den Massenstreik zum Leben rufen, müssen die Erkenntnis von der einstigen Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Massenstreiks erwecken. Es fragt sich dabei, wann sind die Voraussetzungen da, um diese Erkenntnis den Massen zu vermitteln? Die besten Vorbedingungen für die Hebung des Machtbewußtseins der Masse — ohne die sich diese der Waffe des Massenstreiks nicht bedienen kann —, für die Schulung des Willens zur Tat, sind gerade in einer Zeit gegeben, wo eine gewaltige Bewegung die Massen selbst auf den Plan ruft.

Gerade dann ist in geistiger und sittlicher Beziehung eine Empfänglichkeit und Erregbarkeit der Massen vorhanden, die sie befähigt, unsere Anregungen rasch und entschlossen aufzunehmen. (Sehr richtig!) Die vorhandene Stimmung müssen wir ausnützen, um den Massen das Verständnis für den komplizierten Komplex von Tatsachen zu verschaffen, welcher die Grundlage ihres Kampfes ist, der ihrem Kampfe die Richtung, das Ziel gibt. Solche Zeiten tiefer politischer Gärung und Bewegung sind am besten geeignet, den Massen das Bewußtsein für ihre Rolle im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu schärfen. Gerade in jenen Zeiten werden wir aber auch die besten Anknüpfungspunkte haben, um den Massen zur Erkenntnis zu bringen, wie opferreich und gefahrteuoll der Weg ist, den sie beschreiten, wenn sie die Idee eines Massenstreiks aufnehmen. Ich würde es für frölich halten, wollten wir den Gedanken des Massenstreiks unter das kämpfende und vor allem auch unter das erwachende Proletariat hinaustragen, ohne ihm die Tragweite, die Gefahren und Opfer dieses neuen, gewaltigen Kampfmittels klar zu machen. (Sehr richtig!) Denn nur wenn es diese Gefahren und Opfer ganz würdigt und bereit ist, sie auf sich zu nehmen, dürfen wir unsererseits vor der Verantwortlichkeit nicht

zurückschrecken, den Massen den neuen Weg zu zeigen. Zeiten, in denen wir vor der Verantwortlichkeit, die Massen vor der Entscheidung sehen, sind Zeiten der Ausfaat sozialistischer Ideen, wie wir sie günstiger nicht wünschen können. Meines Erachtens kann man nämlich propagandistisch die Frage des Massenstreiks gar nicht aufstellen, ohne mit der sozialistischen Darstellung der Situation auch den ganzen Ideengehalt, die ganze Weltanschauung des Sozialismus den Massen zu bringen.

Aber eine andere Frage noch drängt sich auf. Wird uns nicht in Zeiten hochgradiger, fieberhafter Erregung die geistige, die politische Leitung der Massen aus den Händen gleiten? Ich muß sagen, ich würde an all unserer starken organisatorischen Disziplin, aber auch an der geistigen und sittlichen Selbstzucht zweifeln, welche die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in jahrelanger Arbeit in die Massen hineingetragen haben, wenn ich eins befürchten müßte: daß wir vor ihnen zur Zeit eines gesteigerten politischen Lebens, in der Periode großer Volksbewegungen nicht das Wort Streik aussprechen könnten, ohne zugleich die Macht zu besitzen, dem Worte Gehör zu verschaffen: „Heut', zornig Element, noch nicht!“, wenn in einer Situation die gesamten historischen Voraussetzungen für den Massenstreik noch nicht gegeben sind. Es handelt sich absolut nicht darum, es kann sich nicht darum handeln, den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt oder aber schon jetzt für eine Eventualität anzukündigen. Wer das glaubt, hat überhaupt das Wesen des Massenstreiks gar nicht verstanden. (Sehr richtig!) Es ist deshalb auch in der Resolution, die Genossin Luxemburg Ihnen vorgelegt hat, keineswegs die Rede davon, daß die Massen aufgefordert werden sollen, gegenwärtig oder zu einem im voraus bestimmten Termin zur Waffe des Massenstreiks zu greifen. Der Zeitpunkt, an welchem ein Massenstreik vielleicht zur Tat wird, die Verhältnisse, unter denen er ausbrechen kann, lassen sich absolut nicht voraussagen, nach einem bestimmten Schema feststellen. Aber gerade weil wir mit der Tatsache rechnen müssen, daß in dem Proletariat unter bestimmten historischen Umständen das Bewußtsein seiner entscheidenden Macht erwacht, des Einflusses, den es durch die getreuzten Arme in die Waagschale werfen könnte, der feste Wille zur Tat, gilt es, gerüstet zu sein. Nur dadurch können wir die Sicherheit erhalten, daß die Organisationen auch dann das Rückgrat jeder künftigen Massenstreikbewegung sein werden. Es ist von gewerkschaftlicher Seite die Sache so aufgefaßt worden, als solle die Resolution jetzt irgendwie eine Bindung zur entscheidenden Tat bedeuten. Nichts irriger als diese Anschauung! Die Resolution soll nur der Hinweis sein, nur die moralische Ermunterung, den Gedanken des Massenstreiks nicht unter uns zu erörtern, die wir ihn schon erfaßt haben, ihn immer klarer theoretisch erkennen, nein, diesen Gedanken immer mehr dorthin zu tragen, wo eines Tages die Entscheidung über die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Verwirklichung fallen wird: unter die Massen selbst. Eine andere Auffassung und Lösung würde im schroffsten Widerspruch zu unserer Wertung des Massenstreiks stehen. Wenn wir die Dinge so ansehen, dann geht selbstverständlich mit der Befundung dieses unseres Standpunktes eine andere Erkenntnis einher, nämlich die, daß es notwendig ist, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in unablässiger Arbeit immer besser auszubauen, sie ihrem Gehalt nach auf ein immer höheres Niveau zu stellen. Je entscheidender, aber auch je verantwortlicher die Rolle sein wird, die sie eines Tages als Herz und Hirn der Massenstreikbewegungen zu erfüllen haben, um so unerlässlicher ist es, sie in Bezug auf ihre Aktionsfähigkeit, ihre Zielklarheit und ihren Idealismus auf die höchste Stufe empor zu heben. Ich bitte Sie deshalb dringend, der Resolution Luxemburg in der veränderten Fassung zuzustimmen, in der das voll-

kommen harmlose Wort „propagieren“ ausgemerzt worden ist. Im Gegensatz zum Genossen Heine bin ich allerdings der Ansicht, daß die Propagierung unserer Auffassung über den Massenstreik keineswegs die Konzentration unserer Kraft auf eine Aktion bedeutet, die jetzt schon stattfinden soll. Propagieren wir nicht den Sozialismus, die sozialistische Idee, ohne uns darüber einer Täuschung hinzugeben, daß dieses Ziel noch nicht heute, augenblicklich, verwirklicht werden kann? Propagierung besagt nichts als Verbreitung eines Gedankens, besagt nichts über die Zeit, den Termin, wo er zur Tat werden soll und muß, ist deshalb keine Bindung für eine bestimmte Eventualität. Wir sollten uns hüten, durch gezwungene, durchaus willkürliche Interpretation einen bindenden Sinn in die Resolution hineinzutragen, den sie keineswegs haben soll. Und ich gehe weiter und sage in Übereinstimmung mit meiner Auffassung vom historisch bedingten Wesen des Massenstreiks, den sie auch gar nicht haben kann: Wir empfehlen Ihnen die Resolution auch, um den Wahnglauben zu zerbrechen, als ob der preussische Wahlrechtskampf in einer einzigen glänzenden Entscheidungsschlacht siegreich zu Ende geführt werden könnte. Solcher Wahnglaube hängt übrigens eng mit einer ganz irrtümlichen Vorstellung vom Wesen des Massenstreiks zusammen, die diesen nicht bloß als eine Bewegungsform und Kampfesform des Proletariats wertet, sondern noch immer als Wundermittel betrachtet. Nein, der preussische Wahlrechtskampf wird infolge seiner Bedeutung und Tragweite, infolge der Entscheidungen, deren Mittelpunkt er je länger je mehr wird, ein Kampf von langer Dauer sein. Wir müssen daher die Massen darüber aufklären, daß er noch über viele Etappen führen wird, daß er vielleicht auch Niederlagen mit sich bringt, aber Niederlagen jener Art, von denen das trostreiche Wort des kommunistischen Manifestes gilt, daß der eigentliche Erfolg der Kämpfe nicht das positive Resultat ist, sondern vielmehr die immer größere Vereinigung der Arbeitermassen, eine Vereinigung, die den künftigen Sieg vorbereitet. (Lebhafter Beifall.)

Höcker-Hamburg: Es ist die erfreuliche Tatsache auf unserem Parteitag zu konstatieren, daß wir alle in der Frage einig sind, wo der Feind steht; der schlimmste Feind, das ist Preußen. Wenn Genosse Leinert meinte, es sei ausschließlich eine preussische Frage, so kann ich ihm da nicht beistimmen. (Leinert: Die Taktik!) Dann wäre es schon falsch, daß unser Parteitag sich überhaupt damit befaßte. (Sehr richtig!) Wir sind vielmehr darin einig, daß der wesentliche Feind in Preußen zu suchen ist, und verlassen Sie sich darauf, wenn es uns gelungen ist, in Preußen die Verhältnisse zu ändern, dann haben die anderen kleinen Bundesstaaten keinen Rückhalt mehr, dann müssen sie folgen. (Sehr richtig!) Der Massenstreik ist seit langem unserem Waffenarsenal einverleibt, also darüber kann es keinen Streit mehr geben. Ich halte ihn für eine der vorzüglichsten und schärfsten Waffen, aber gerade deshalb müssen wir ihn vorsichtig anwenden: er ist scharf und scharf für unsere Gegner. Aber wenn er sich gegen uns wendet, so ist er es auch für uns. Wir müssen alles tun, um die Parteigenossen darüber aufzuklären, wie diese Waffe zu handhaben ist. Ich habe deshalb häufig in Versammlungen darüber geredet. Wenn andere Genossen es nicht getan haben, so haben sie etwas durchaus Notwendiges unterlassen. (Sehr richtig!) Was nun die Resolution anbetrifft, so finde ich, daß in der Resolution des Vorstandes, wenn auch nicht dem Worte nach, im letzten Absatz all das gesagt wird, was die Resolution Luxemburg will; denn es ist davon die Rede, daß alle Waffen und Mittel, die im gegebenen Moment als notwendig erscheinen, angewandt werden sollen. Man soll es auch mit Resolutionen und Anträgen nicht allzu arg machen, sonst vergessen wir sie, weil es zu viele sind. (Sehr richtig!) Genosse Leinert hat schon an die Resolution vom Parteitag in Mannheim

erinnert, die ist doch noch nicht aufgehoben. Also wozu nun noch weiteres; was soll denn das? Glaubt man, daß man damit die Sache vorwärts bringt. Es ist doch zweifellos, daß, wenn irgendwo, so beim Massenstreik, die Einheit von Partei und Gewerkschaften, überhaupt der ganzen Arbeiterklasse notwendig ist. Wir Hamburger Parteigenossen halten die Resolution für auszeichnend, und wenn sie zum Ueberflus auch noch den ersten Teil des Antrages 100 hinzufügen wollen, mögen Sie es tun, aber den zweiten Teil halte ich für vollständig überflüssig und nicht angebracht. (Bravo!)

**Severing-Bielefeld:** Die Gewerkschaftsführer gelten draußen im Lande bei den Genossen als die Bremsen, und ich glaube, daß sie bei der Führung des politischen Massenstreiks einst eine gewichtige Funktion zu übernehmen haben, vielleicht auch die Funktion des Bremsens. Da würde es im Lande aber nicht verstanden werden, wenn heute, wo nicht gebremst, sondern vorwärts getrieben werden soll — wenn dieser Ausdruck am Platze ist —, die Gewerkschaftsführer schweigen würden. Nebel hat für die Partei aufrechte Männer gewünscht, und dieser Wunsch wird wohl von allen Parteigenossen geteilt werden. Darum haben wir uns für verpflichtet gehalten, die Verwahrung einzulegen, die vom Vorsitzenden zu Ihrer Kenntnis gebracht wurde. Wir haben mit dieser Verwahrung lediglich die Rechte der Gewerkschaften an der Vorbereitung derartig großer Massenaktionen wahren wollen. Genosse Förster und vor ihm Reinert haben schon daran erinnert, daß der Mannheimer Parteitag einer Resolution zugestimmt hat, in der es wörtlich heißt: „Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einseitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen beider Organisationen sich zu verständigen suchen.“ Diese Verständigung kann aber gar nicht versucht werden, wenn Sie durch die Annahme der Resolution Luxemburg die Generalkommission der Gewerkschaften vor eine vollendete Tatsache stellen. Kommen Sie mit diesem angenommenen Antrag vor die Generalkommission, so gibt es keine Verhandlung mehr, sondern Sie zwingen die Generalkommission, sich mit dem Inhalt des Antrages abzufinden. Das ist keine Gleichberechtigung, das sind keine Verständigungsversuche, sondern das ist ein Herrigkeitsverhältnis, in das sich die Gewerkschaften nicht begeben dürfen.

Nun hat die Genossin Zeitlin eben erklärt, es sei ein Irrtum, wenn man glaubte, daß durch die Annahme der Resolution ein bindender Beschluß gefaßt werden soll, den Massenstreik in Anwendung zu bringen. Wenn wir heute über die Anwendbarkeit des Massenstreiks überhaupt lediglich eine akademische Diskussion führen würden, dann könnte man sich diese Deklaration der Resolution Luxemburg durch die Genossin Zeitlin wohl gefallen lassen. Aber der zweite Absatz im Zusammenhang mit dem ersten ist doch nichts anderes als die Aufforderung, die Erörterung und Propaganda des Massenstreiks zur Eringung des preussischen Wahlrechtes zu pflegen. Es handelt sich also nicht bloß um rein akademische Erörterungen. Der Zweck der Erörterungen soll sein, in nächster Zeit den politischen Massenstreik zur Anwendung zu bringen. Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann man nichts anderes aus dem Antrag Luxemburg herauslesen, und die Genossin Luxemburg würde sich genötigt auch ganz energisch dagegen verwahren, wenn man ihm etwas anderes unterstellen würde. Ich habe mich auf dem Kölner Gewerkschaftstongreß als Delegierter des Metallarbeiterverbandes durch meine Abstimmung dagegen erklärt, daß die Gewerkschaften einseitig die Frage des politischen Massenstreiks regeln sollten, und ich glaube darum ein Recht zu haben, darauf hinzuweisen, daß auch der Parteitag dies nicht tun darf. (Sehr gut!)

Von einigen Rednern ist gesagt worden, daß die Begeisterung in den Massen für dieses Kampfmittel durch die Erörterung und Propagierung geweckt werden soll. Ich glaube, daß die Deklaration Zeitlin zur Resolution Luxemburg diese Meinung nicht aufkommen läßt. Ich möchte aber auch glauben, daß die Erörterung des politischen Massenstreiks an sich nicht Begeisterung in der Masse zu wecken imstande ist. Begeisterung ist keine Heringsware, die sich einpöbeln läßt auf viele Jahre. (Sehr gut!) Wenn die Situation kommt, dann wird gehandelt. Und auch ohne seine Erörterung wird der Massenstreik möglich und durchführbar sein, falls sich in der gegebenen Situation die beiden Zentralleitungen der Partei und der Gewerkschaften für ihn erklären. Nun ist versucht worden, die für die gewerkschaftlichen Organisationen unannehmbaren Bestimmungen aus der Resolution Luxemburg herauszubringen. Eine Gruppe der Genossen will das durch die Aenderung des ersten, andere durch Streichung des zweiten Absatzes erreichen.

Ich bin der Meinung: Entweder will die Resolution Luxemburg dasselbe, was die Resolution des Parteivorstandes will, dann ist sie überflüssig, oder aber sie will nicht dasselbe, dann ist sie schädlich (Sehr richtig!), und ich schicke mich durchaus Förster an, der gesagt hat, wir haben viel zu viel Resolutionen und Vorschriften, in denen wir uns gar nicht mehr auskennen. Wir sollten unsere Stärke nicht darin suchen, möglichst viele Resolutionen anzunehmen, sondern klare und durchführbare Resolutionen zu fassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genossin Luxemburg schloß ihre Ausführungen mit dem Ausdruck: „Bereit sein ist alles!“. Parteigenossen, ich bin durchaus mit ihr einverstanden, daß wir alles daransehen müssen, bereit zu sein auf die großen Auseinandersetzungen, die mit herrschenden Gewalten notwendig wurden. Um diese Bereitschaft aber herzustellen, brauchen wir nicht neue Resolutionen, sondern den Ausbau unserer Organisationen. Und wenn die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks auf dem Parteitag hier den einen Erfolg haben sollte, daß die Gewerkschaften ihre Organisationen ausbauen, und daß in den Gewerkschaften und in allen Organisationen der Arbeiterschaft überhaupt eingetreten wird für die Erstarkung der politischen Arbeiterbewegung, dann wird sie der Arbeiterschaft zum Nutzen gereichen. Ein neuer Kantapfel aber würde entstehen, wenn die Resolution Luxemburg angenommen würde. (Beifall.)

**Karl Liebknecht:** Genosse Reinert hat es für zweckmäßig gehalten, mich persönlich anzugreifen und zu ironisieren. Er meint, daß ich als Mitglied der preussischen Fraktion mit Rücksicht auf den Beschluß der preussischen Landeskommission den Antrag Luxemburg nicht hätte unterzeichnen dürfen. Habe ich wirklich nötig, darüber ein Wort zu verlieren, wie gänzlich deploziert und unverständlich dieser vom Jaun gebrochene Angriff ist! Ernst hat doch klar genug auseinandergesetzt, daß der Beschluß der Landeskommission dahin ging, in der damaligen Aktion von Landeskommissionen wegen nach Möglichkeit Erörterungen zu vermeiden, die Verwirrung hätten anrichten können. Stehen wir denn heute noch in der Aktion drin oder sind wir nicht vielmehr in der „Pause“, von der Ernst sprach? Ich schüttelte also diesen Angriff mit einer Handbewegung von mir ab. Ebenso die nicht gerade geschmackvolle Bemerkung über meinen Vater. Hat er jemals gesagt, er sei bereit, innerhalb von 24 Stunden Amal gegen grundlegende Parteitagbeschlüsse zu verstoßen? (Zurufe: Die Taktik zu ändern!) Bitte sehr, Reinert hat das bekannte Wort meines Vaters erstaunlicherweise erwähnt, um mich wegen meiner Haltung zur Disziplinfrage mit meinem Vater zu kontrastieren. Ich habe natürlich auch nicht gesagt, — wie Reinert spotten zu dürfen glaubt —, daß ich die

Disziplin mit der Muttermilch eingesogen habe — das wäre ja lächerlich —, sondern daß ich mit der Muttermilch eingesogen habe die Worte meines Vaters, daß die Disziplin ein Heiligtum, der Stolz und eine Lebensnotwendigkeit der Partei sei. Ich will aber die lange Diskussion darüber nicht um Leinerts Bemerkungen willen wieder eröffnen.

Es ist ganz ungewisselhaft, daß wir hier über den preußischen Wahlrechtskampf sprechen können, ebenso wie über die Wahlrechtskämpfe anderer deutscher Staaten; das tut ja der Parteitag seit Beginn der Erörterung dieses Punktes, das tut auch die Resolution des Parteivorstandes. Auch die Anzweiflung der Kompetenz des Parteitages in bezug auf die Resolution Luxemburg ist also gänzlich deplaziert.

Ich würde es für ungemein zweckmäßig halten, wenn künftig bei Wahlrechtskämpfen die Genossen all jener Staaten, in denen ungefähr gleiche wahlrechtliche Verhältnisse existieren wie in Preußen, sich in engere Verbindung, in innigere Fühlung setzen würden, um den Kampf gemeinsam, zunächst nach einem Plane, zu führen. Auf diesem Gebiete ist noch manches zu tun, wenn gleich ich anerkenne, damit keinen neuen Gedanken auszusprechen, sondern etwas, was als ganz selbstverständlich von jedem einzelnen preußischen Wahlrechtskämpfer empfunden wird.

Wir sind uns über die Einzelheiten der nächsten Zukunft des preußischen Wahlrechtskampfes keineswegs klar. Es wäre falsch, zu sagen, die nächste Wahlrechtsaktion werde unbedingt der nächste Wahlkampf sein. Es ist durchaus nicht ausgemacht, daß uns nicht vorher eine neue Vorlage zugeht, oder daß wir nicht durch die politische Situation schon vor den nächsten Reichstagswahlen, wenn die Regierung zögern sollte, einen neuen Entwurf vorzulegen, genötigt werden, einen Druck von außen auf sie zu üben.

Interessant ist die Ansicht, daß ein einheitlicher Beschluß die Hauptsache sei. Die Hauptsache ist, daß aus den Erörterungen und Beschlüssen des Parteitages mit einer nichts zu wünschenden übergelassenen Deutlichkeit das größtmögliche Maß von Entschlossenheit hervorgeht, den Wahlrechtskampf zum guten Ende zu führen, mag auch der Weg dahin noch so bitter sein. Darum ist auch die Resolution Luxemburg wohl am Platze. Sie ist nicht anders gemeint, als Genossin Zetkin in wahrhaft klassischer Weise dargelegt hat. Natürlich wünscht der zweite Abtag eine Einwirkung auf den preußischen Wahlrechtskampf, aber nicht in dem Sinne, daß eine Massenstreikaktion inszeniert werden soll, sondern in dem Sinne, daß wir den Boden lodern wollen, damit der Entschluß zum Massenstreik im entscheidenden Moment rascher und besser Wurzel schlägt; in dem Sinne, daß wir die Entwicklung derjenigen Disposition fördern wollen, die die Massen befähigt, im rechten Augenblick von ihrer schärfsten Waffe rasch, kühl und energisch den rechten Gebrauch zu machen. Dagegen sollte doch wahrlich nichts eingewendet werden. Und es scheint mir auch, daß alle Bedenken gegen die Zuständigkeit des Parteitages für die gewünschte Stellungnahme zum Massenstreik unbegründet sind. Ich bin fest überzeugt, daß es der Genossin Luxemburg wie allen Unterzeichnern des Antrages fernliegt, in die Befugnis der Gewerkschaften, bei Massenstreikaktionen mitzuwirken, irgend eingreifen, diese Befugnis in irgendeiner Weise beschneiden zu wollen; das will der Antrag nicht, schon weil er von einer Massenstreikaktion gar nicht handelt. Aber auch wenn man schon die Empfehlung der Erörterung des Massenstreiks als eine solche Aktion ansehen würde, läge kein Bedenken vor. Wenn es heißt: der Parteitag erklärt für notwendig usw., so ist damit noch nicht gesagt, daß diese Meinungsäußerung sofort und ohne weiteres in die Tat umgesetzt werden soll; es bleibt die Möglichkeit gewahrt, vorher noch das Einvernehmen mit den Gewerkschaften herzustellen.

Man könnte schließlich, um jeden Stein aus dem Weg zu räumen, einfügen: „nach Vereinbarung mit den Gewerkschaften“. Das würde geeignet sein, die letzten formalen Bedenken, die meiner Ansicht nach aber überhaupt nicht zuzutreffen, zu gestören.

Ganz selbstverständlich ist es, daß jeder einzelne von uns durch die Beschlüsse von Jena und Mannheim legitimiert ist, den Massenstreik zu erörtern und Propaganda für ihn zu treiben. (Zustimmung.) Dies ist auch für die Zukunft der Fall. Die Frage ist nur, ob wir von Parteitag wegen gerabegue empfehlen wollen, in eine solche Erörterung einzutreten. Man mag den Antrag für überflüssig halten, weil jeder das Recht der Erörterung und Propagierung hat. Man mag auch meinen, es sei besser, wenn hier alles von unten kommt, als wenn es von oben suggeriert oder oktroyiert wird. Diese Bedenken könnten mich am ehesten bewegen, für die Streichung des zweiten Absatzes zu stimmen, aber eben unter der Voraussetzung und ausdrücklichen Feststellung, daß jeder heute das Recht hat, in der ihm angemessenen erscheinenden Weise im Interesse der Partei und des Wahlrechtskampfes diese Erörterung und Propaganda zu betreiben. (Zustimmung. P a n n k u c h: Wer hat das je bestritten?) Ich behaupte ja gar nicht, daß es bestritten worden ist, aber es haben Mißverständnisse bestanden.

Leinert hat dann noch versichert: wann der Generalstreik kommt, das weiß nicht die Genossin Luxemburg, das weiß der Parteivorstand und die Generalkommission; diese mechanische und bürokratische Auffassung vom Wesen des Massenstreiks braucht nur erwähnt zu werden, um sofort erledigt zu sein.

Das wäre ja eine schöne Sorte Massenstreik, die in dieser Weise von oben herab kommandiert werden könnte!

Niemand denkt daran, die Taktik für die Zukunft festzulegen; wir wollen nur Erörterungsfreiheit nach allen Richtungen haben, um gerüstet und befähigt zu sein, in der rechten Situation sofort mit Entschiedenheit und Kühnheit diejenige Waffe zu ergreifen, die am geeignetsten ist, endlich in die Junkerfeste Bresche zu schießen, damit man endlich auch einmal den Namen Preuße tragen kann, ohne dabei wie jetzt Schamgefühl zu empfinden. (Waboo!)

Auf Antrag von Mü c k e - Brandenburg wird die Debatte geschlossen.

Vorgmann (Schlußwort): Schon mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung empfiehlt es sich, zum Schluß nicht große Worte zu machen. Ich enthalte mich deshalb auch jeder Auseinandersetzung darüber, ob die Resolution Luxemburg notwendig ist. Das Für und Wider ist ja in der Diskussion ausgiebig erörtert, ich beschränke mich darauf, auf die Äußerung der Genossin Luxemburg zu antworten, daß ich nicht laut und deutlich zum Ausdruck gebracht habe, wann wir den nächsten Wahlrechtskampf beginnen wollen. Da hat sich die Genossin Luxemburg an die falsche Adresse gewandt. (Geisterlichkeit.) Ich bin nicht in der Lage, Auskunft zu geben, aber selbst wenn ich es könnte, würde ich das hier auf dem Parteitag wahrhaftig nicht sagen. (Lebhafte Geheul.) Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Art des Kampfes oder der Zeitpunkt ja gewissermaßen auch ein Kampfmittel ist, das wir unseren Gegnern nicht offenbaren sollen. (Sehr richtig!) Gerade in der Möglichkeit unserer Handlungen liegt nach meinem Dafürhalten ein außerordentlich bedeutungsvoller Druck, der auf unsere Gegner ausgeübt werden kann. (Sehr richtig!) Wir müssen in dieser Beziehung das volle Vertrauen zu den leitenden Instanzen haben. Die Instruktion an das Militär, die Limberg erwähnt hat, scheint mir nicht eine Privatarbeit des betreffenden Generals zu sein, sondern eine Arbeit, zu der ihm vielleicht von recht hoher Stelle der Auftrag gegeben ist. Diese Instruktion beweist, welche tiefe Aufmerksamkeit dem Volk und der Regierungsgewalt in Preußen besteht. (Sehr richtig!) Wenn wir bedenken, wie schwer

die Folgen sind, wenn die herrschenden Massen nicht mit dem Volke fühlen und denken, sondern es mit den Machtmitteln des Staates unterdrücken wollen, so erkennen wir die außerordentliche Gefahr für die Entwicklung Preußens. Aber das Volk wird sich trotz dieser Erkenntnis nicht eine Minute in seinem Weg beirren lassen. Was die Resolutionen betrifft, so halte ich nach wie vor die der Parteileitung für ausreichend. Der Parteitag hat ja nicht die Aufgabe und will sie auch nicht haben, der preussischen Landesorganisation irgendwelche Vorschriften in bezug auf die Führung des Wahlrechtskampfes zu machen. Glauben Sie, daß die Resolution der Parteileitung nicht genügt, dann fügen Sie ihr den ersten Satz der Resolution Augensburg hinzu. Parteigenossen! Ich habe das feste Vertrauen, daß diese Wahlrechtsdebatte weit hinauslingt in das ganze Land und unseren Genossen und allen denen, die mit uns in der Frage sympathisieren, ein Zeugnis gibt, mit welchem Ernst das Volk und seine offizielle Vertretung, der deutsche Parteitag, der Wahlrechtsfrage gegenübersteht. (Lebhafter Beifall.)

Vor der Abstimmung erklärt

Maria Bettin: Im Namen der Unterzeichner der Resolution 100 habe ich zu erklären, daß sie den zweiten Absatz zurückziehen, weil sie der Ansicht sind, daß durch die Annahme des ersten Absatzes in Verbindung mit der vorausgegangenen Diskussion das Ziel erreicht ist, was sie im gegenwärtigen Augenblick ins Auge gefaßt hatten.

Hierauf wird die Resolution 91 in Verbindung mit dem ersten Satz der Resolution 100 angenommen.

Der Antrag 86 wird einstimmig angenommen, der Antrag 101 wird abgelehnt.

Es folgt

#### Die Genossenschaftsfrage.

Referent Fleißner-Dresden: Der Umstand, daß der Internationale Kongreß in Kopenhagen sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt, und in einer ziemlich ausführlichen Resolution die Stellung zu den Konsumvereinen festgelegt hat, soweit das ein internationaler Kongreß überhaupt tun kann, überhebt mich der Aufgabe, die Frage so eingehend zu behandeln, wie ich es sonst für notwendig gehalten hätte. Die Resolution von Kopenhagen deckt sich in der Hauptsache ja auch mit deutschen Verhältnissen, und nur in einem einzigen Punkte ist es notwendig, speziell von deutschen Verhältnissen aus das ganze Thema zu beleuchten. Der Kongreß in Kopenhagen hat mit Recht festgestellt, daß es sich bei der Erörterung des Verhältnisses zu den Wirtschaftsgenossenschaften vornehmlich nur um die Konsumvereine handeln kann. Ich halte es auch für überflüssig, näher darauf einzugehen, wie im einzelnen die Konsumvereine gegenüber der allgemeinen modernen Arbeiterbewegung wirken können. Die Befürchtungen leitender Konsumvereinskreise, der Internationale Kongreß würde sich mehr als nötig in die inneren Verhältnisse der Konsumvereine einmischen, waren unbegründet. Sie werden auch dem Parteitage gegenüber unbegründet sein.

Die Kopenhagener Resolution stellt fest, erstens die Nützlichkeit der Konsumvereine in materieller, sozialer und politischer Beziehung für die allgemeine Arbeiterbewegung, und zweitens, daß die Konsumvereine nur dann einen wesentlichen Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung haben, wenn sie mit sozialem und sozialistischem Geist erfüllt werden. Das ist die wichtigste Feststellung der Resolution. Sie sagt weiter, daß wir infolgedessen innigere Beziehungen zwischen Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft herbeiführen müssen. Die Genossenschaften sollen in diesem Sinne eine wirksame Waffe

im Klassenkampfe des Proletariats sein, ohne daß man die Anschauung aufkommen lassen darf, daß sie allein etwa jemals instande wären, die Arbeiter aus dem kapitalistischen Joch zu befreien. Andere Punkte, namentlich den, ob die Genossenschaften politisch sein, ob sie Teile der politischen Partei oder ob sie politisch unabhängig sein sollen, überläßt die Resolution der Entscheidung der genossenschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern.

Es kämen ja für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen Partei und Wirtschaftsgenossenschaften auch noch andere Arten von Genossenschaften in Betracht: Produktivgenossenschaften, Waagenossenschaften und Wohnungsgenossenschaften. Aber nach den Genossenschaftstendenz der neueren Zeit sind alle diese Genossenschaftsarten besser nicht mehr als selbständige Genossenschaften zu behandeln, sondern sie haben aufzugehen in die Konsumvereine, wo sie schließlich als Abteilungen oder Zweige in der gewöhnlichsten Weise zu wirken geeignet sind. — Ich möchte trotzdem mit einigen Worten auf die Bedeutung der Produktivgenossenschaften hinweisen, soweit die Partei oder einzelne Führer oder Theoretiker sie in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. Es ist durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß die sozialdemokratische Partei sich niemals um die Genossenschaften gekümmert, daß sie niemals auch nur den Versuch gemacht habe, die Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Marx und Lassalle haben speziell den Produktivgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugeordnet; sie haben ihr Hauptaugenmerk allerdings auf die Produktivgenossenschaften gerichtet; die Konsumvereine schieben fast völlig aus dem Kreis ihrer Betrachtungen aus, und soweit sie erwähnt und behandelt wurden, stellte man sich ihnen ablehnend gegenüber, weil Marx und Lassalle der Meinung waren, daß auch die Wirtschaftsgenossenschaften Mittel zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sein könnten. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß in diesem Sinne Konsumgenossenschaften nicht in Frage kommen können. Marx hat an mehreren Stellen im „Kapital“ darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften mit Erziehungskräfte zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein können und sein sollen. So spricht er im dritten Bande davon, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler eine sekundäre sei, die neben der ursprünglichen im Produktionsprozeß unmittelbar vor sich gehenden herlaufe, daß also infolgedessen Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung. Ganz ähnlich hat sich Lassalle im „Offener Antwortschreiben“ geäußert. Er hat ausgeführt, daß es falsch sei, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen; man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuß drückt, als Produzenten. Er hat ferner, stützend auf seiner bekannten Theorie vom ehernem Lohngesetz, ausgeführt, daß die Tatsache, daß Konsumvereinigungen den Warenpreis niederdrücken, dazu führen müsse, daß mit der Zeit auch der Lohn entsprechend fällt. Sie alle wissen, daß diese Theorie von der Sozialdemokratie längst aufgegeben ist. In der Resolution des Genfer Kongresses der Internationale von 1866 war u. a. gesagt:

„Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktivgenossenschaften, als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.“

Auf einem ähnlichen Standpunkt stand auch der bekannte liberale Politiker Schulze-Delitzsch, der heute sehr häufig als Vater des deutschen Genossenschaftswesens bezeichnet wird. Er hielt die Produktivgenossenschaften sogar für den Schlüsselstein des ganzen Genossenschaftsgebäudes. Er kam dazu freilich